Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2025/2146(DEC)

28.1.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 205

Entwurf eines Berichts
Gerben-Jan Gerbrandy
(PE776.734v01-00)

zu der Entlastung 2024: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
(2025/2146(DEC))

Änderungsantrag 1
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass der Verwaltung des Parlaments entsprechend dem üblichen Verfahren 55 Fragen übersandt wurden, auf die schriftliche Antworten eingingen, die vom Haushaltskontrollausschuss des Parlaments am 8. Dezember 2025 in Anwesenheit des Generalsekretärs, der für den Haushalt zuständigen Vizepräsidenten des Parlaments, des Internen Prüfers und des Direktors der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen in öffentlicher Sitzung erörtert wurden;	B. in der Erwägung, dass der Verwaltung des Parlaments entsprechend dem üblichen Verfahren 55 Fragen übersandt wurden, auf die schriftliche Antworten eingingen, die vom Haushaltskontrollausschuss des Parlaments am 8. Dezember 2025 in Anwesenheit des Generalsekretärs, der für den Haushalt zuständigen Vizepräsidenten des Parlaments, des Internen Prüfers und des Direktors der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen in öffentlicher Sitzung erörtert wurden; ***in der Erwägung, dass nicht alle von den Schattenberichterstattern vorgeschlagenen Fragen im Zusammenhang mit der Verwendung von EU-Mitteln berücksichtigt und vor der Einreichung bei der Verwaltung des Europäischen Parlaments ausgewählt wurden, wodurch der Kontrollansatz verzerrt wurde;***

Or. fr

Änderungsantrag 2
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ca. in der Erwägung, dass es aufgrund der notwendigen Verbesserungen erforderlich ist, dass die Mitglieder und die Verwaltung erhöhte

Wachsamkeit üben und beispielhafte Standards in Bezug auf Haushaltsdisziplin, Transparenz und Integrität aufrechterhalten, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten und eine verantwortungsvolle Verwaltung der Steuergelder der Union unter Beweis zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 3
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Erwägung C b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Cb. in der Erwägung, dass jede Nichteinhaltung dieser Standards die Glaubwürdigkeit des Parlaments bei der Ausübung seiner Entlastungsfunktion gegenüber anderen Organen untergräbt;

Or. en

Änderungsantrag 4
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass Rechtssicherheit ***das Leitprinzip*** für die Umsetzung von Verwaltungsentscheidungen ist; in der Erwägung, dass eine Zunahme der Vorschriften und Verpflichtungen zu Verwirrung und Unklarheit ***führt***, während die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit brauchen, sodass die Verwaltung auf eine klare, umfassende und	D. in der Erwägung, dass Rechtssicherheit ***eines der Leitprinzipien*** für die Umsetzung von Verwaltungsentscheidungen ist; in der Erwägung, dass eine Zunahme der Vorschriften und Verpflichtungen zu Verwirrung und Unklarheit ***führen kann***, während die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit brauchen, sodass die Verwaltung auf eine klare, umfassende und

rechtlich fundierte Kommunikation achten muss;

rechtlich fundierte Kommunikation achten muss;

Or. en

Änderungsantrag 5
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass die Mitglieder finanzielle und logistische Unterstützung von der Verwaltung erhalten müssen, um ihr Mandat in vollem Umfang ausüben zu können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros und der Verwaltung auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, das ein Leitprinzip bei der finanziellen Unterstützung der Mitglieder sein sollte; in der Erwägung, dass der Umfang der von der Verwaltung durchgeführten Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen und -Überprüfungen diesem Umstand Rechnung tragen sollte; in der Erwägung, dass klare, verhältnismäßige, gezielte, standardisierte und vereinfachte Verfahren offensichtlich der beste und wirksamste Weg zur Durchführung von Überprüfungen und Kontrollen der finanziellen Ansprüche sind;	E. in der Erwägung, dass die Mitglieder finanzielle und logistische Unterstützung von der Verwaltung erhalten müssen, um ihr Mandat in vollem Umfang ausüben zu können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros und der Verwaltung auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, das ein Leitprinzip bei der finanziellen Unterstützung der Mitglieder sein sollte; in der Erwägung, dass der Umfang der von der Verwaltung durchgeführten Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen und -Überprüfungen diesem Umstand Rechnung tragen sollte; in der Erwägung, dass klare, verhältnismäßige, gezielte, standardisierte und vereinfachte Verfahren offensichtlich der beste und wirksamste Weg zur Durchführung von Überprüfungen und Kontrollen der finanziellen Ansprüche sind***, mit dem letztendlichen Ziel, für ein Höchstmaß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen, um das Vertrauen der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu erhöhen***;

Or. en

Änderungsantrag 6
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag

Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die weitere Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe der Union durch die Verbesserung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität von größter Bedeutung ist;

Or. en

Änderungsantrag 7
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass das Vertrauen in die Integrität des Parlaments und in die Rechtsstaatlichkeit für das Funktionieren der europäischen Demokratie von allergrößter Bedeutung ist; in der Erwägung, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt geachtet werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 8
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert das Parlament auf, seine derzeitigen Haushaltsverfahren zu überprüfen und die Einführung innovativer Instrumente für die

Haushaltsplanung in Erwägung zu ziehen, einschließlich einer leistungsorientierten Haushaltsplanung und Zero-Base-Budgeting; stellt fest, dass diese Instrumente von öffentlichen Einrichtungen für gewöhnlich eingesetzt werden, um die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz des Haushaltsverfahrens zu erhöhen und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel in den Bereichen verwendet werden, in denen sie am dringendsten benötigt werden und die größte Wirkung entfalten; hebt hervor, dass im öffentlichen Sektor der meisten OECD-Staaten eine leistungsorientierte Haushaltsplanung sowie Elemente des Zero-Base-Budgeting genutzt werden, um die Mittelzuweisung an strategischen Ziele und Leistungsergebnisse auszurichten, Kosten zu senken, Verfahren zu vereinfachen und sicherzustellen, dass die Ausgaben aufgrund des bestehenden Bedarfs gerechtfertigt sind und nicht aufgrund von Ausgaben in der Vergangenheit;

Or. en

Änderungsantrag 9
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. bringt seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Schuldenlast und die steigenden Fremdkapitalkosten der EU zum Ausdruck; stellt fest, dass dem Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs zufolge die ausstehenden Darlehen der EU bis 2027 einen Betrag von über 900 Mrd. EUR erreichen könnten, was fast dem Zehnfachen des Betrags von 2020 vor der Einführung des Aufbaupakets NextGenerationEU

entspricht; gibt zu bedenken, dass steigende Fremdkapitalkosten ein Risiko für künftige Haushalte darstellen und den haushaltspolitischen Spielraum für neue Prioritäten verringern; besteht daher darauf, dass aufgrund dieses beispiellosen Haushaltsdrucks eingehend nach Einsparungen innerhalb des eigenen Verwaltungshaushalts des Europäischen Parlaments gesucht wird; fordert den Generalsekretär auf, einen Plan für strukturelle Kostensenkungen vorzulegen, um die Verantwortung des Organs in Zeiten hoher Staatsverschuldung zu demonstrieren;

Or. en

Änderungsantrag 10
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. weist darauf hin, dass der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments sicherstellen soll, dass die finanziellen Interessen der Union durch Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine effiziente Verwaltung von EU-Mitteln geschützt werden, wobei er zudem hohe Standards in Bezug auf Ethik und Rechenschaft in der EU-Verwaltung aufrechterhalten, ein transparentes und rechenschaftspflichtiges Finanzsystem der EU schaffen und so das Vertrauen der Öffentlichkeit stärken soll;

Or. en

Änderungsantrag 11
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. weist auf das Strafverfahren und die Ende 2022 eingeleiteten und noch laufenden Untersuchungen im Bezug darauf hin, dass einige Mitglieder jahrelang an einem Netzwerk beteiligt gewesen sein sollen, das der organisierten Kriminalität ähnelt und im Parlament tätig ist; ist der Ansicht, dass sowohl das Europäische Parlament als auch sein Haushaltskontrollausschuss ihre Pflichten in erheblichem Maße nicht erfüllt haben, da es abgesehen von der Überarbeitung der Geschäftsordnung und des Verhaltenskodex des Parlaments angesichts dieser Fälle und Untersuchungen keine wirklichen Konsequenzen und keine eingehende institutionelle Selbstreflexion und Überprüfung der Arbeitsmethoden gegeben hat;

Or. en

Änderungsantrag 12
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. stellt fest, dass der Sitz des Plenarsaals in Straßburg mit erheblichen Reisekosten, die auf 114 Mio. EUR pro Jahr geschätzt werden, und einem CO_2-Fußabdruck von etwa 19 000 Tonnen an CO_2-Emissionen pro Jahr, verbunden ist; hebt die Energieverschwendung hervor, die sich aus der Nutzung der Heiz-, Kühl- und Beleuchtungsinfrastruktur für den

ganzjährigen Betrieb und die Instandhaltung der Gebäude in Straßburg sowie aus betrieblichen Überschneidungen mit hohen Logistik- und Wartungskosten ergibt; fordert das Parlament angesichts dieser Bedenken auf, zu überdenken, ob regelmäßige Plenartagungen in Straßburg notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 13
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. nimmt die Beobachtungen des Rechnungshofs im Hinblick auf die internen Vorschriften des Parlaments zur Kenntnis; stellt fest, dass die Verwaltung des Parlaments der Haushaltsordnung und deren Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt; stellt jedoch fest, dass das Präsidium für die Fraktionen die Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 angenommen hat, die eine Reihe spezifischer Bestimmungen für bestimmte Vergabeverfahren enthält; weist erneut darauf hin, dass die Fraktionen die ihnen zugewiesenen Mittel nach den Grundsätzen der indirekten Mittelverwaltung verwalten, wobei Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung sinngemäß Anwendung findet; ist der Ansicht, dass diese Vorschriften selbst die „Beitragsvereinbarungen“ gemäß Artikel 158 Absatz 7 der Haushaltsordnung ersetzen; betont, dass für jede Fraktion ein externer Prüfer, der aus einer von der Verwaltung des Parlaments erstellten Liste von Prüfungsgesellschaften ausgewählt	10. nimmt die Beobachtungen des Rechnungshofs im Hinblick auf die internen Vorschriften des Parlaments zur Kenntnis; stellt fest, dass die Verwaltung des Parlaments der Haushaltsordnung und deren Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt; stellt jedoch fest, dass das Präsidium für die Fraktionen die Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 angenommen hat, die eine Reihe spezifischer Bestimmungen für bestimmte Vergabeverfahren enthält***, die den Feststellungen des Rechnungshofs zufolge jedoch nicht vollständig mit der Haushaltsordnung in Einklang gebracht wurden[1]***; weist erneut darauf hin, dass die Fraktionen die ihnen zugewiesenen Mittel nach den Grundsätzen der indirekten Mittelverwaltung verwalten, wobei Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung sinngemäß Anwendung findet; ist der Ansicht, dass diese Vorschriften selbst die „Beitragsvereinbarungen“ gemäß Artikel 158 Absatz 7 der Haushaltsordnung ersetzen; betont, dass für jede Fraktion ein

wird, deren jeweilige Jahresrechnungen bescheinigt, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, wodurch ein neutrales Kontrollniveau gewährleistet wird; hebt hervor, dass der Rechnungshof in seinem Jahresbericht auch die Tätigkeiten der Fraktionen prüft;

externer Prüfer, der aus einer von der Verwaltung des Parlaments erstellten Liste von Prüfungsgesellschaften ausgewählt wird, deren jeweilige Jahresrechnungen bescheinigt, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, wodurch ein neutrales Kontrollniveau gewährleistet wird; hebt hervor, dass der Rechnungshof in seinem Jahresbericht auch die Tätigkeiten der Fraktionen prüft;

[1] Ziffer 60, https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/AR-2024-AIB/AR-2024-AIB_DE.pdf.

Or. fr

Änderungsantrag 14
Gerben-Jan Gerbrandy

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. stellt fest, dass nur drei Prüfer in die Liste der Prüfungsgesellschaften aufgenommen wurden, die für die Prüfung der Jahresrechnungen der Fraktionen ausgewählt wurden, und bedauert dass nur eine begrenzte Auswahl zur Verfügung steht; fordert die Generaldirektion Finanzen (GD FINS) auf, ***künftige Auswahlverfahren für*** alle qualifizierten europäischen Prüfer ***zu öffnen***, einschließlich solcher, die ihren Sitz außerhalb Belgiens haben; ***stellt*** ferner ***fest***, dass die den Fraktionen für die Prüfungen zugewiesenen Haushaltsmittel erhöht werden sollten, um eine gründlichere Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung sicherzustellen und den Zugriff auf Fachkompetenzen im Bereich der Rechnungsprüfung zu erweitern;	11. stellt fest, dass nur drei Prüfer in die Liste der Prüfungsgesellschaften aufgenommen wurden, die für die Prüfung der Jahresrechnungen der Fraktionen ausgewählt wurden, und bedauert dass nur eine begrenzte Auswahl zur Verfügung steht; fordert die Generaldirektion Finanzen (GD FINS) auf, ***sich darum zu bemühen, mehr externe Prüfungsgesellschaften in die Liste aufzunehmen, indem*** alle qualifizierten europäischen Prüfer, einschließlich solcher, die ihren Sitz außerhalb Belgiens haben***,*** ***aktiv eingeladen werden***; ***ist*** ferner ***der Ansicht***, dass die ***von*** den Fraktionen für die Prüfungen zugewiesenen Haushaltsmittel erhöht werden sollten, um eine gründlichere Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung sicherzustellen und den Zugriff auf Fachkompetenzen im Bereich der Rechnungsprüfung zu erweitern; ***nimmt***

die Anweisungen und Leitlinien zur Kenntnis, die externen Prüfern bereits zur Verfügung gestellt wurden, und fordert die GD FINS auf, zu prüfen, wie die Qualität der externen Prüfungen zur Bestätigung der Jahresrechnungen der Fraktionen verbessert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 15
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. stellt fest, dass nur drei Prüfer in die Liste der Prüfungsgesellschaften aufgenommen wurden, die für die Prüfung der Jahresrechnungen der Fraktionen ausgewählt wurden, und bedauert dass nur eine begrenzte Auswahl zur Verfügung steht; fordert ***die Generaldirektion Finanzen (GD FINS) auf, künftige Auswahlverfahren für alle qualifizierten europäischen*** Prüfer ***zu öffnen, einschließlich solcher, die ihren Sitz außerhalb Belgiens haben***; stellt ferner fest, dass die den Fraktionen für die Prüfungen zugewiesenen Haushaltsmittel erhöht werden sollten, um eine gründlichere Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung sicherzustellen und den Zugriff auf Fachkompetenzen im Bereich der Rechnungsprüfung zu erweitern;	11. stellt fest, dass nur drei Prüfer in die Liste der Prüfungsgesellschaften aufgenommen wurden, die für die Prüfung der Jahresrechnungen der Fraktionen ausgewählt wurden, und bedauert dass nur eine begrenzte Auswahl zur Verfügung steht; fordert***, dass sichergestellt wird, dass die Liste der externen*** Prüfer***, die die Jahresrechnungen der Fraktionen prüfen, eine ausreichende Zahl von Optionen enthält, sodass den Fraktionen eine größere Auswahl an Prüfern, die die Anforderungen des International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) erfüllen, zur Verfügung steht***; stellt ferner fest, dass die den Fraktionen für die Prüfungen zugewiesenen Haushaltsmittel erhöht werden sollten, um eine gründlichere Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung sicherzustellen und den Zugriff auf Fachkompetenzen im Bereich der Rechnungsprüfung zu erweitern;

Or. en

Änderungsantrag 16

Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. weist darauf hin, dass im Jahresbericht 2024 des Rechnungshofs verschiedene Mängel, die aus seiner Kontrollstichprobe hervorgingen, festgestellt wurden, so unter anderem Mängel bei vom Parlament eingeleiteten Vergabeverfahren (einschließlich eines IT-Vertrags, dessen Laufzeit nicht hinreichend begründet war), die eine Fraktion betrafen, die drei Aufträge von hohem Wert vergeben hat, wobei die Einhaltung der Vorschriften des Parlaments nicht vollständig gegeben war, da sie sich nicht bemüht hatte, eine ausreichende Anzahl von Angeboten einzuholen; weist ferner darauf hin, dass auch Fehler in Bezug auf die von der Fraktion gemeldete Mehrwertsteuer und deren Anwendung eines Pauschalsatzes für die Erstattung der Reisekosten der Bediensteten, der über den tatsächlichen Kosten lag, festgestellt wurden; betont, dass der Rechnungshof solche Probleme in Bezug auf die Fraktionen regelmäßig (insbesondere ab dem Jahresbericht 2022) feststellt, und ist erstaunt darüber, dass alle Fraktionen dennoch von den vom Parlament ausgewählten externen Prüfern eine uneingeschränkte Stellungnahme zu ihren Rechnungsabschlüssen erhalten haben, sodass die Kriterien für deren Auswahl und Kontrolle durch das Parlament in Frage gestellt werden; fordert, dass das Parlament die für es geltenden Vorschriften der Haushaltsführung uneingeschränkt befolgt; ist erstaunt darüber, dass diese Information nicht zu Maßnahmen des Parlaments geführt hat, und stellt die Gleichbehandlung der Fraktionen durch das Parlament in Frage;

Or. fr

Änderungsantrag 17
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. weist erneut darauf hin, dass europäischen politischen Parteien angesichts des Beitrags, den sie zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürger der Union leisten, Mittel aus dem Unionshaushalt gewährt werden können; stellt fest, dass der Rechnungshof einen Vorgang geprüft hat, bei dem er die Aufwendungen als nicht abzugsfähig eingestuft und festgestellt hat, dass die Verwaltung des Parlaments dieselbe Auffassung vertrat und Schritte unternommen hatte, um die entsprechenden Ausgaben wiedereinzuziehen; begrüßt das diesbezügliche Verhalten der Verwaltung des Parlaments und ***insbesondere*** ihre Selbstverpflichtung zur Anwendung eines horizontalen Ansatzes, mit dem die Gleichbehandlung aller politischen Parteien sichergestellt wird;	13. weist erneut darauf hin, dass europäischen politischen Parteien angesichts des Beitrags, den sie zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürger der Union leisten, Mittel aus dem Unionshaushalt gewährt werden können; stellt fest, dass der Rechnungshof einen Vorgang geprüft hat, bei dem er die Aufwendungen als nicht abzugsfähig eingestuft und festgestellt hat, dass die Verwaltung des Parlaments dieselbe Auffassung vertrat und Schritte unternommen hatte, um die entsprechenden Ausgaben wiedereinzuziehen; begrüßt das diesbezügliche Verhalten der Verwaltung des Parlaments und ***fordert sie nachdrücklich auf,*** ihre Selbstverpflichtung zur Anwendung eines horizontalen Ansatzes, mit dem die ***tatsächliche*** Gleichbehandlung aller politischen Parteien sichergestellt wird***,*** ***auszuweiten***;

Or. fr

Änderungsantrag 18
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

17. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans unter Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Vertraulichkeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; begrüßt, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;	17. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans unter Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Vertraulichkeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden***, wodurch sich die Veröffentlichung faktisch um Jahre verzögert***; ***fordert das Präsidium auf, alle Berichte über die internen Prüfungen ein Jahr nach ihrer Fertigstellung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sobald der Interne Prüfer die zur Umsetzung der Empfehlung des Vorjahres getroffenen Maßnahmen validiert hat; weist darauf hin, dass der Haushaltskontrollausschuss das Recht hat, einen vertraulichen Zugang zum Bericht über die interne Prüfung in Bezug auf das Entlastungsverfahren zu beantragen;*** begrüßt ***außerdem***, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;

Or. en

Änderungsantrag 19
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Kommission im Jahr 2024 nur einen begrenzten Anteil schriftlicher Anfragen innerhalb der in der Geschäftsordnung

	des Parlaments festgelegten Fristen beantwortet hat, einschließlich einer besonders niedrigen Quote bei Anfragen mit Vorrang; in vielen Fällen erfolgte die Beantwortung erst nach Ablauf der Frist; weist darauf hin, dass die rechtzeitige Beantwortung ein wesentliches Element der parlamentarischen Kontrolle und der demokratischen Rechenschaftspflicht ist; fordert das Parlament auf, auch auf politischer Ebene verbindlichere Vereinbarungen mit der Kommission über die Beantwortung schriftlicher Anfragen innerhalb der Fristen anzustreben und der Entlastungsbehörde über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 20
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. 18a. hebt hervor, dass die Mitglieder dahin gehend Schutz genießen, dass sie nicht für in Ausübung ihres Amtes abgegebene Stimmen und getätigte Meinungsäußerungen haften und bei der Ausübung ihres Amtes im Parlament vor Strafverfolgung und Freiheitsbeschränkungen geschützt sind;

Or. en

Änderungsantrag 21
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. weist darauf hin, dass die ehemalige Fraktion Identität und Demokratie (ID-Fraktion) am 8. Oktober 2024 gemäß Artikel 1.3.2, 2.7.1 und 2.7.2 der Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 ihren endgültigen Finanzbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. Juli 2024 vorgelegt hat; weist darauf hin, dass die Verwaltung des Parlaments das vollständige Finanzarchiv der ID-Fraktion sowohl in elektronischer Form als auch in Papierform erhalten und eine risikobasierte Ex-post-Überprüfung der Jahresrechnung 2024 durchgeführt hat, wobei der Schwerpunkt auf Kohärenzprüfungen und Stichprobenprüfungen von risikoreichen Verträgen und Spenden lag; weist auf die Feststellungen der Verwaltung des Parlaments hin, wonach mindestens 4 333 635,78 EUR der Mittel von Haushaltsartikel 400 von der Fraktion in der Wahlperiode 2019–2024 unrechtmäßig ausgegeben wurden, wodurch das Parlament einem erheblichen finanziellen ***Risiko*** ausgesetzt wurde; weist darauf hin, dass Mängel bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge festgestellt wurden, die ein erhebliches Reputationsrisiko für das Parlament und für alle Fraktionen und Mitglieder darstellen;	19. weist darauf hin, dass die ehemalige Fraktion Identität und Demokratie (ID-Fraktion) am 8. Oktober 2024 gemäß Artikel 1.3.2, 2.7.1 und 2.7.2 der Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 ihren endgültigen Finanzbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. Juli 2024 vorgelegt hat; weist darauf hin, dass die Verwaltung des Parlaments das vollständige Finanzarchiv der ID-Fraktion sowohl in elektronischer Form als auch in Papierform erhalten und eine risikobasierte Ex-post-Überprüfung der Jahresrechnung 2024 durchgeführt hat, wobei der Schwerpunkt auf Kohärenzprüfungen und Stichprobenprüfungen von risikoreichen Verträgen und Spenden lag; weist auf die Feststellungen der Verwaltung des Parlaments hin, wonach mindestens 4 333 635,78 EUR der Mittel von Haushaltsartikel 400 von der Fraktion in der Wahlperiode 2019–2024 unrechtmäßig ausgegeben wurden, wodurch das Parlament einem erheblichen finanziellen ***und Reputationsrisiko*** ausgesetzt wurde; weist darauf hin, dass Mängel bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge festgestellt wurden, die ein erhebliches Reputationsrisiko für das Parlament und für alle Fraktionen und Mitglieder darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 22
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. weist darauf hin, dass die ehemalige Fraktion Identität und	19. weist darauf hin, dass die ehemalige Fraktion Identität und

Demokratie (ID-Fraktion) am 8. Oktober 2024 gemäß Artikel 1.3.2, 2.7.1 und 2.7.2 der Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 ihren endgültigen Finanzbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. Juli 2024 vorgelegt hat; weist darauf hin, dass die Verwaltung des Parlaments das vollständige Finanzarchiv der ID-Fraktion sowohl in elektronischer Form als auch in Papierform erhalten und eine risikobasierte Ex-post-Überprüfung der Jahresrechnung 2024 durchgeführt hat, wobei der Schwerpunkt auf Kohärenzprüfungen und Stichprobenprüfungen von risikoreichen Verträgen und Spenden lag; weist auf die Feststellungen der Verwaltung des Parlaments hin, wonach mindestens 4 333 635,78 EUR der Mittel von Haushaltsartikel 400 von der Fraktion in der Wahlperiode 2019–2024 unrechtmäßig ausgegeben wurden, wodurch das Parlament einem erheblichen finanziellen Risiko ausgesetzt wurde; weist darauf hin, dass Mängel bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge festgestellt wurden, die ein erhebliches Reputationsrisiko für das Parlament ***und für alle Fraktionen und Mitglieder*** darstellen;	Demokratie (ID-Fraktion) am 8. Oktober 2024 gemäß Artikel 1.3.2, 2.7.1 und 2.7.2 der Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400 ihren endgültigen Finanzbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. Juli 2024 vorgelegt hat; weist darauf hin, dass die Verwaltung des Parlaments das vollständige Finanzarchiv der ID-Fraktion sowohl in elektronischer Form als auch in Papierform erhalten und eine risikobasierte Ex-post-Überprüfung der Jahresrechnung 2024 durchgeführt hat, wobei der Schwerpunkt auf Kohärenzprüfungen und Stichprobenprüfungen von risikoreichen Verträgen und Spenden lag; weist auf die Feststellungen der Verwaltung des Parlaments hin, wonach mindestens 4 333 635,78 EUR der Mittel von Haushaltsartikel 400 von der Fraktion in der Wahlperiode 2019–2024 unrechtmäßig ausgegeben wurden, wodurch das Parlament einem erheblichen finanziellen Risiko ausgesetzt wurde; weist darauf hin, dass Mängel bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge festgestellt wurden, die ein erhebliches Reputationsrisiko für das Parlament darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 23
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. stellt fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) angekündigt hat, dass sie eine Untersuchung des mutmaßlichen Missbrauchs von Unionsmitteln durch die ID-Fraktion	20. stellt fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ***im Juli 2025*** angekündigt hat, dass sie eine Untersuchung des mutmaßlichen Missbrauchs von Unionsmitteln durch die ID-Fraktion zwischen 2019 und 2024

zwischen 2019 und 2024 eingeleitet hat;

eingeleitet hat;

Or. en

Änderungsantrag 24
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA erfahren möchte, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ist der Ansicht, dass die Verwaltung des Parlaments parallel zu den strafrechtlichen Ermittlungen der EUStA Verwaltungsmaßnahmen ergreifen ***kann***, um die finanziellen Interessen der Union und den Ruf des Parlaments zu schützen; hält es für äußerst wichtig, dass Einziehungsmaßnahmen so bald wie möglich und in voller Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 3 der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Staatsanwaltschaft eingeleitet werden;	21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA erfahren möchte, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ***empfiehlt, dass die Generalstaatsanwältin zu einer Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit beim Präsidium des Europäischen Parlaments eingeladen wird, um bis kommenden Sommer konkrete Angaben zum Zeitplan zu machen;*** ist der Ansicht, dass die Verwaltung des Parlaments parallel zu den strafrechtlichen Ermittlungen der EUStA Verwaltungsmaßnahmen ergreifen ***sollte***, um die finanziellen Interessen der Union und den Ruf des Parlaments zu schützen; hält es für äußerst wichtig, dass Einziehungsmaßnahmen so bald wie möglich und in voller Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 3 der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Staatsanwaltschaft eingeleitet werden***, um unter Berücksichtigung der beträchtlichen Menge der von der GD FINS gesammelten Nachweise den vollen Betrag der nichterstattungsfähigen Ausgaben einzuziehen***;

Or. en

Änderungsantrag 25
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA erfahren möchte, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ist der Ansicht, dass die Verwaltung des Parlaments parallel zu den strafrechtlichen Ermittlungen der EUStA Verwaltungsmaßnahmen ergreifen kann, um die finanziellen Interessen der Union und den Ruf des Parlaments zu schützen; hält es für äußerst wichtig, dass Einziehungsmaßnahmen ***so bald wie möglich und in voller Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 3 der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Staatsanwaltschaft*** eingeleitet werden;	21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA erfahren möchte, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ist der Ansicht, dass die Verwaltung des Parlaments parallel zu den strafrechtlichen Ermittlungen der EUStA Verwaltungsmaßnahmen ergreifen kann, um die finanziellen Interessen der Union und den Ruf des Parlaments zu schützen; hält es für äußerst wichtig, dass Einziehungsmaßnahmen ***und Sicherungsmaßnahmen (einschließlich vorsorglicher Verrechnungen und/oder Reserven, sofern rechtlich machbar) unverzüglich und in jedem Fall mit einem klaren Zeitrahmen unter voller Berücksichtigung der EUStA-Untersuchung*** eingeleitet werden; ***betont, dass Strafverfahren nicht als pauschaler Rechtfertigungsgrund für Untätigkeit bei der verwaltungsrechtlichen Wiedereinziehung und der Risikominderung herangezogen werden dürfen;***

Or. en

Änderungsantrag 26
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA ***erfahren möchte***, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ***ist der Ansicht, dass die Verwaltung des Parlaments parallel zu den strafrechtlichen Ermittlungen der EUStA Verwaltungsmaßnahmen ergreifen kann, um die finanziellen Interessen der Union und den Ruf des Parlaments zu schützen; hält es für äußerst wichtig, dass Einziehungsmaßnahmen so bald wie möglich und in voller Übereinstimmung mit*** Artikel 3 Absatz 3 der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Staatsanwaltschaft ***eingeleitet werden***;	21. betont, dass die Verwaltung des Parlaments die Verfahrensakte übermittelt hat und bei den Ermittlungen der EUStA uneingeschränkt mitarbeitet; stellt fest, dass das Präsidium das Ergebnis der Ermittlungen der EUStA ***abwartet***, bevor es Einziehungsmaßnahmen ergreift; ***stellt ferner fest, dass die EUStA gemäß*** Artikel 3 Absatz 3 der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Staatsanwaltschaft ***das Europäische Parlament über laufende oder abgeschlossene Untersuchungen informieren wird, bei denen es geraten erscheint, dass das Europäische Parlament vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union ergreift oder Disziplinar- oder Einziehungsverfahren innerhalb der vorgeschriebenen Fristen einleitet***;
	Or. en

Änderungsantrag 27
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert das Parlament auf, dafür zu sorgen, dass alle Bediensteten, die an der Verwaltung von EU-Mitteln beteiligt sind, für die Dauer laufender Verwaltungs-, Zivil- oder Strafverfahren oder Untersuchungen im Zusammenhang mit der missbräuchlichen Verwendung von EU-Mitteln von diesen Aufgaben im Finanzbereich suspendiert werden;
	Or. en

Änderungsantrag 28
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert das Präsidium auf, die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt, und klarere Leitlinien ***der GD FINS*** für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitstellt***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;	22. fordert das Präsidium auf, die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt, und ***das für Haushaltsartikel 400 zuständige Personal bei der GD FINS erheblich zu stärken, damit sie in der Lage ist,*** klarere Leitlinien für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitzustellen***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 29
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert das Präsidium auf, die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt, und klarere Leitlinien der	22. fordert das Präsidium auf, ***sicherzustellen, dass die externen Prüfer vollständig mit dem Mandatsschreiben im Einklang stehen,*** die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern

GD FINS für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitstellt***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;

mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt, und klarere Leitlinien der GD FINS für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitzustellen***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 30
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert das Präsidium auf, ***die*** Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu ***verstärken***, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt***, und*** klarere Leitlinien ***der GD FINS*** für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitstellt***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;	22. fordert das Präsidium auf, ***bei zukünftigen Prüfungen für eine angemessene*** Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu ***sorgen***, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt; ***fordert die GD FINS auf,*** klarere Leitlinien für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitzustellen***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und der GD FINS, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern***, wobei die Unabhängigkeit der Prüfer vollständig zu achten ist***; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 31
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert das Präsidium auf, die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt***, und*** klarere Leitlinien ***der GD FINS*** für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitstellt***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und ***der GD FINS***, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;	22. fordert das Präsidium auf, die Aufsicht der Fraktionen durch externe Prüfer zu verstärken, indem es externen Prüfern mehr Stunden für die Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion zur Verfügung stellt***; fordert die GD FINS auf,*** klarere Leitlinien für die korrekte Auslegung der Regelung für Haushaltsartikel 400 ***bereitzustellen***, um Diskrepanzen zwischen den Erwägungen der externen Prüfer und ***ihrer eigenen***, insbesondere in Bezug auf die Auftragsvergabe, zu verhindern; fordert ferner die GD FINS auf, den Fraktionen mehr Schulungen und Unterstützung im Bereich der Auftragsvergabe anzubieten;

Or. fr

Änderungsantrag 32
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert den Generalsekretär auf, Überlegungen über eine Reform des bestehenden Systems externer Prüfungen anzustoßen, um die Verwendung von Haushaltsartikel 400 durch die Fraktionen zu kontrollieren, und vor Ende des Haushaltsjahres 2026 Vorschläge vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 33
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. fordert das Präsidium erneut auf, gemäß der Stellungnahme des Haushaltskontrollausschusses in Form eines Schreibens vom 15. September 2025 zu prüfen, ob es möglich ist, eine Zivilklage wegen beruflicher Fahrlässigkeit gegen die externen Prüfer zu erheben, die die Jahresrechnung der ID-Fraktion bestätigt haben, ohne wesentliche Verstöße gegen die Regeln des Haushaltsartikels 400 festzustellen; weist erneut auf seine Forderung an das Präsidium hin, die externen Prüfer, die die Jahresrechnung der ID-Fraktion bestätigt haben, für die Zeit der Untersuchung vorübergehend von der Liste der zugelassenen externen Prüfungsgesellschaften, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde, auszuschließen und sie unverzüglich zu ersetzen, um sicherzustellen, dass den Fraktionen eine ausreichende Zahl von Optionen zur Verfügung steht;

Or. en

Änderungsantrag 34
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. weist darauf hin, dass der

Haushaltskontrollausschuss in seiner Stellungnahme an das Präsidium festgestellt hat, dass mehrere Elemente zusammengenommen die logische Grundlage der Doktrin der wirtschaftlichen Kontinuität bilden können und daher die Fraktion Patrioten für Europa als Nachfolgefraktion zum Zweck der Einziehung behandelt werden kann, sofern keine gegenteiligen Beweise vorgelegt werden; fordert die Verwaltung des Europäischen Parlaments auf, die Jahresrechnung 2024 der PfE-Fraktion sorgfältig zu analysieren, um sicherzustellen, dass die von der GD FINS für die ID-Fraktion festgestellten Unregelmäßigkeiten nicht von der neuen Fraktion reproduziert werden;

Or. en

Änderungsantrag 35
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. weist auf die am 4. September 2025 gebilligte Stellungnahme des Haushaltskontrollausschusses für das Präsidium zur Fraktion Identität und Demokratie – Entschließung und abschließender Finanzbericht 2024 hin, in der die notwendigen Verfahren gefordert werden, um den vollen Betrag der nichterstattungsfähigen Ausgaben unverzüglich einzuziehen, die potenziellen Verbindlichkeiten der zuständigen Mitglieder und der Hierarchie für die vorsätzliche oder grob fahrlässige Genehmigung irregulärer Ausgaben zu bewerten und die externen Prüfer, die die Jahresrechnung der ID-Fraktion bestätigt haben, vorübergehend von der Liste der zugelassenen externen

Prüfungsgesellschaften, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde, auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 36
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. stellt fest, dass die Fraktionen über eine erhebliche Autonomie in Bezug auf ihre IT-Dienste verfügen, die zur Speicherung ***politisch sensibler*** Informationen genutzt werden; stellt fest, dass der Kontext einer geopolitisch turbulenten Welt es erfordert, dass diese Daten von europäischen Anbietern auf europäischen Servern gespeichert werden, um externen Abhängigkeiten und Risiken vorzubeugen; begrüßt daher die jüngste Ankündigung, eine sichere, souveräne Cloud-Infrastruktur bereitzustellen, um eine solche Abhängigkeit zu beseitigen;	23. stellt fest, dass die Fraktionen über eine erhebliche Autonomie in Bezug auf ihre IT-Dienste verfügen, die zur Speicherung ***von mit ihren Tätigkeiten zusammenhängenden*** Informationen genutzt werden; stellt fest, dass der Kontext einer geopolitisch turbulenten Welt es erfordert, dass diese Daten von europäischen Anbietern auf europäischen Servern gespeichert werden, um externen Abhängigkeiten und Risiken vorzubeugen; begrüßt daher die jüngste Ankündigung, eine sichere, souveräne Cloud-Infrastruktur bereitzustellen, um eine solche Abhängigkeit zu beseitigen;

Or. en

Änderungsantrag 37
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und eine unzulässige Einflussnahme zu verhindern; verurteilt jedweden unrechtmäßigen Versuch, Einfluss auf die	24. betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und eine unzulässige Einflussnahme zu verhindern; verurteilt jedweden unrechtmäßigen Versuch, Einfluss auf die

Gesetzgebungstätigkeit des Parlaments zu nehmen;	Gesetzgebungstätigkeit des Parlaments zu nehmen; ***fordert in diesem Zusammenhang, dass die obligatorische Karenzzeit für scheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments und hochrangige Beamte in den EU-Organen auf zwei Jahre verlängert wird, in denen es ihnen untersagt ist, Lobby- oder Interessenvertretungstätigkeiten auszuüben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gesetzgebungs- oder Regulierungsverfahren der EU stehen; hebt hervor, dass dazu die Vertretung privater Interessen oder das Handeln im Namen von Organisationen gehört, die versuchen, die Politik, Haushaltsentscheidungen oder die Auftragsvergabe der EU zu beeinflussen, wobei das Ziel verfolgt wird, das Risiko unzulässiger Einflussnahme und „Drehtür"-Praktiken zu verringern;***

Or. en

Änderungsantrag 38
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und eine unzulässige Einflussnahme zu verhindern; verurteilt jedweden unrechtmäßigen Versuch, Einfluss auf die Gesetzgebungstätigkeit des Parlaments zu nehmen;	24. betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und eine unzulässige ***externe*** Einflussnahme zu verhindern; verurteilt jedweden unrechtmäßigen Versuch, Einfluss auf die Gesetzgebungstätigkeit des Parlaments zu nehmen;

Or. en

Änderungsantrag 39
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. missbilligt die Versuche bestimmter Einrichtungen, insbesondere nichtstaatlicher Organisationen, die Gesetzgebungsverfahren im Parlament durch die Verwendung von Unionsmitteln ungebührlich zu beeinflussen; stellt fest, dass die Kommission die Verwendung von Unionsmitteln für solche an das Parlament gerichtete Interessenvertretungsaktivitäten durch mehrere nichtstaatliche Organisationen anerkannt und Änderungen der jeweiligen Finanzhilfevereinbarungen gefordert hat, wodurch ihre Unzulänglichkeit und das von ihnen ausgehende Reputationsrisiko bestätigt wurden; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen;

Or. en

Änderungsantrag 40
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 24 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24b. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten zur Interessenvertretung auf Unionsebene; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenz-Registers, stellt jedoch fest, dass sein Sekretariat nach wie vor unterfinanziert und personell unterbesetzt

ist; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenz-Register verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind; fordert, dass das Transparenz-Register und das Finanztransparenzsystem miteinander verknüpft werden, um Gegenkontrollen der im Transparenz-Register aufgeführten Einrichtungen zu ermöglichen und die Angemessenheit der übermittelten Daten zu überprüfen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass eine umfassende finanzielle Vorabprüfung von Einrichtungen erforderlich ist, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden, und fordert in diesem Zusammenhang, dass das Register mit angemessenen Ressourcen für seine Funktionsfähigkeit ausgestattet wird und dass die internen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Transparenz-Register wirksam durchgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 41
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche Einflussnahme Russlands auf das Parlament ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, und stellt fest, dass einige Mitglieder Russland	25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche Einflussnahme Russlands auf das Parlament ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, und stellt fest, dass einige Mitglieder ***russische***

offen unterstützten und gleichzeitig potenziell damit verbundenen Nebentätigkeiten nachgingen, was die Notwendigkeit strengerer Schutzmaßnahmen unterstreicht;	***Staatsangehörige, die das Kreml-Regime unterstützen, als Praktikanten, akkreditierte parlamentarische Assistenten und Fraktionsberater eingestellt haben und*** Russland offen unterstützten und gleichzeitig potenziell damit verbundenen Nebentätigkeiten nachgingen, was die Notwendigkeit strengerer Schutzmaßnahmen unterstreicht; ***stellt fest, dass das Europäischen Parlament mittlerweile aufmerksamer auf Einflussnahme aus dem Ausland reagiert, dass jedoch noch robustere Maßnahmen ergriffen und interne Reformen verabschiedet werden müssen, um einen wirksamen Schutz vor unzulässigen äußeren Einflüssen sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 42
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche Einflussnahme ***Russlands*** auf das Parlament ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, ***und stellt fest, dass einige Mitglieder Russland offen unterstützten und gleichzeitig potenziell damit verbundenen Nebentätigkeiten nachgingen, was die Notwendigkeit strengerer Schutzmaßnahmen unterstreicht***;	25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche ***außereuropäische*** Einflussnahme auf das Parlament***, insbesondere durch Russland und China, mit dem Huawei-Skandal[2] auch im Jahr 2024 wieder einmal*** ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, ***nachdem das Ansehen des europäischen Parlaments in den letzten Jahren bereits durch mehrere Skandale, wie Katargate, geschädigt worden war***; ***weist darauf hin und bedauert, dass der Antrag auf einen Untersuchungsausschuss nie erfolgreich war;***
	[2] https://www.touteleurope.eu/institutions/soupcons-de-corruption-l-entreprise-chinoise-huawei-au-coeur-d-un-nouveau-

scandale-au-parlement-europeen/.

Or. fr

Änderungsantrag 43
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche Einflussnahme Russlands auf das Parlament ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, und stellt fest, dass einige Mitglieder Russland offen unterstützten ***und gleichzeitig potenziell damit verbundenen*** Nebentätigkeiten ***nachgingen***, was die Notwendigkeit strengerer Schutzmaßnahmen unterstreicht;	25. weist darauf hin, dass die mutmaßliche Einflussnahme Russlands auf das Parlament ein ernsthaftes Risiko für die demokratische Integrität darstellte, und stellt fest, dass einige Mitglieder Russland offen unterstützten***, einschließlich im Rahmen ihrer*** Nebentätigkeiten, was die Notwendigkeit strengerer Schutzmaßnahmen unterstreicht;

Or. en

Änderungsantrag 44
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. weist darauf hin, dass das Jahr 2024, darunter die Zeit vor der Wahl zum Europäischen Parlament, von einem erhöhten Risiko der Einflussnahme aus dem Ausland und Einflussnahme auf demokratische Institutionen und gewählte Vertreter geprägt war; weist darauf hin, dass öffentliche Vorwürfe und Untersuchungen in Bezug auf Versuche, politische Standpunkte und das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen,

die Notwendigkeit robuster Mechanismen zur Prävention und Aufdeckung im Parlament unterstreichen; fordert daher eine weitere Stärkung der internen Schutzvorkehrungen, der Transparenzanforderungen und der Zusammenarbeit mit den einschlägigen Einrichtungen der Union, um die Integrität des Parlaments und des Unionshaushalts zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. ist zutiefst besorgt über Berichte und Vorwürfe über Überwachungstätigkeiten der Mitgliedstaaten, darunter durch Spähsoftware ermöglichte Angriffe auf Politiker, Journalisten und die Zivilgesellschaft, die sich auf die Arbeit der Mitglieder und des Parlaments auswirken könnten; fordert das Parlament nachdrücklich auf, die Schutzmaßnahmen zu verstärken, einschließlich eines sicheren Gerätemanagements, schneller Kanäle für die Meldung von Vorfällen für die Mitglieder und das Personal sowie regelmäßiger Briefings über Bedrohungen in Zusammenarbeit mit dem CERT-EU und den einschlägigen Einrichtungen der Union, wobei die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte und des Datenschutzes sicherzustellen ist;

Or. en

Änderungsantrag 46
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 4 des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorgesehen ist, dass Mitglieder genaue Erklärungen über ihre finanziellen Interessen abgeben; bedauert Fälle, in denen die Erklärungen über bezahlte oder unbezahlte Nebentätigkeiten nicht detailliert genug sind, was Bedenken hinsichtlich der Qualität der Kontrollen von Interessenkonflikten aufwirft;	26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 4 des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorgesehen ist, dass Mitglieder genaue Erklärungen über ihre finanziellen Interessen abgeben; bedauert Fälle, in denen die Erklärungen über bezahlte oder unbezahlte Nebentätigkeiten nicht detailliert genug sind, was Bedenken hinsichtlich der Qualität der Kontrollen von Interessenkonflikten aufwirft; ***ist der Ansicht, dass diese Kontrollen für die wirksame Vermeidung, Ermittlung und Bewältigung von Interessenkonflikten von wesentlicher Bedeutung sind;***

Or. en

Änderungsantrag 47
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 4 des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorgesehen ist, dass Mitglieder genaue Erklärungen über ihre finanziellen Interessen abgeben; ***bedauert Fälle, in denen*** die Erklärungen über bezahlte oder	26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 4 des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorgesehen ist, dass Mitglieder genaue Erklärungen über ihre finanziellen Interessen abgeben; ***fordert, dass*** die Erklärungen über bezahlte oder unbezahlte

unbezahlte Nebentätigkeiten ***nicht detailliert genug sind, was*** Bedenken hinsichtlich der Qualität der Kontrollen von Interessenkonflikten ***aufwirft***;	Nebentätigkeiten ***ausreichende Einzelheiten enthalten müssen, um*** Bedenken hinsichtlich der Qualität der Kontrollen von Interessenkonflikten ***zu vermeiden***;

Or. en

Änderungsantrag 48
Michal Wiezik, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. begrüßt im Interesse der Transparenz die obligatorische Veröffentlichung von Treffen und Erklärungen über die privaten Interessen, insbesondere Erklärungen über materielle und finanzielle Unterstützung; stellt jedoch fest, dass der derzeitige Rahmen nach wie vor weitgehend formaler Natur ist, mit einem begrenzten Rahmen für Kontrollen und Überprüfungen, was seine Wirksamkeit insgesamt verringern könnte; ist der Ansicht, dass ein wirksamer Durchsetzungsrahmen besondere Aufmerksamkeit verdient, insbesondere angesichts der Bedenken im Zusammenhang mit Einflussnahme aus dem Ausland;

Or. en

Änderungsantrag 49
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	26a. weist darauf hin, dass Erklärungen über die finanziellen Interessen ein wichtiges Instrument für Transparenz und die Vermeidung von Interessenkonflikten sind; weist jedoch darauf hin, dass wiederkehrende Probleme im Zusammenhang mit der Vollständigkeit und Klarheit festgestellt wurden; fordert daher kontinuierliche Anstrengungen zur Verbesserung der Leitlinien für die Mitglieder sowie verhältnismäßige und kohärente Folgemaßnahmen der Verwaltung, wenn Erklärungen Fragen aufwerfen, um Rechtssicherheit, Transparenz und das Vertrauen der Öffentlichkeit sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 50
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist zutiefst besorgt über Vorwürfe, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert das Parlament nachdrücklich auf, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten und sich über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu informieren, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden;	27. ist zutiefst besorgt über Vorwürfe, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert das Parlament nachdrücklich auf, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten und sich über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu informieren, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden; ***fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 226 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union***

und Artikel 215 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, um den Umfang der mutmaßlichen Spionage und mögliche Verstöße gegen das Unionsrecht zu untersuchen;

Or. en

Änderungsantrag 51
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist zutiefst besorgt über ***Vorwürfe***, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert das Parlament nachdrücklich auf, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten und sich über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu informieren, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden;	27. ist zutiefst besorgt über ***Mutmaßungen***, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert das Parlament nachdrücklich auf, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten und sich über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu informieren, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 52
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist zutiefst besorgt über Vorwürfe, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass	27. ist zutiefst besorgt über Vorwürfe, wonach Mitgliedstaaten Spionage betrieben und das Parlament ins Visier genommen haben sollen; stellt fest, dass

die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert ***das Parlament*** nachdrücklich ***auf, eng mit*** der Kommission ***zusammenzuarbeiten*** und ***sich über*** die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ***zu informieren***, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden;	die Kommission eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um diesen Anschuldigungen nachzugehen; fordert nachdrücklich ***eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und*** der Kommission und ***dass das Parlament über*** die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ***informiert wird***, sofern durch eine solche Informationsweitergabe laufende oder potenzielle Gerichtsverfahren nicht beeinträchtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 53
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. weist auf den Vertrag über die Europäischen Union hin, wonach die EU und ihre Organe die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt, achten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 54
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. stellt fest, dass künstliche Intelligenz (KI) das Potenzial hat, genaue	28. stellt fest, dass künstliche Intelligenz (KI) das Potenzial hat, genaue

und transparente Informationen innerhalb der Union und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen sicherzustellen, und dass angemessen konzipierte und gesteuerte KI-Systeme dazu beitragen können, Fehlinformationen und Desinformation zu erkennen und einzudämmen, sowie die Rechenschaftspflicht fördern und hohe Transparenzstandards wahren können, um das Vertrauen der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten und die demokratische Governance zu stärken; ist besorgt über die Dominanz von KI-Tools von Unternehmen in Drittländern und über Datenschutz- und Vertraulichkeitserwägungen bei der Nutzung von KI-Tools Dritter; fordert vollständige Transparenz im Hinblick auf den Einsatz von KI-Systemen bei den Entscheidungen und Verfahren ***der Organe der Union***, einschließlich der Veröffentlichung detaillierter Informationen über Algorithmen und Folgenabschätzungen; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, den Mitgliedern ***und*** Bediensteten des Parlaments ein Instrumentarium von KI-Tools zur Verfügung zu stellen, die den Geschäftsanforderungen der Mitglieder gerecht werden und die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der von ihnen verarbeiteten Daten gewährleisten, indem sie auf die interne Infrastruktur zurückgreifen, um Datenlecks zu verhindern, und entsprechend den aktuellen Strategien für den Einsatz von KI keine Informationen an Dritte weitergeben;

und transparente Informationen innerhalb der Union und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen sicherzustellen, und dass angemessen konzipierte und gesteuerte KI-Systeme dazu beitragen können, Fehlinformationen und Desinformation zu erkennen und einzudämmen, sowie die Rechenschaftspflicht fördern und hohe Transparenzstandards wahren können, um das Vertrauen der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten und die demokratische Governance zu stärken; ist besorgt über die Dominanz von KI-Tools von Unternehmen in Drittländern und über Datenschutz- und Vertraulichkeitserwägungen bei der Nutzung von KI-Tools Dritter; fordert vollständige Transparenz im Hinblick auf den Einsatz von KI-Systemen bei den Entscheidungen und Verfahren ***des Parlaments***, einschließlich der Veröffentlichung detaillierter Informationen über Algorithmen und Folgenabschätzungen; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, ***sowohl*** den Mitgliedern ***als auch den*** Bediensteten des Parlaments ein Instrumentarium von KI-Tools zur Verfügung zu stellen, ***die an die Bedürfnisse jeder Kategorie angepasst werden und*** die den Geschäftsanforderungen der Mitglieder gerecht werden und die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der von ihnen verarbeiteten Daten gewährleisten, indem sie auf die interne Infrastruktur zurückgreifen, um Datenlecks zu verhindern, und entsprechend den aktuellen Strategien für den Einsatz von KI keine Informationen an Dritte weitergeben;

Or. en

Änderungsantrag 55
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern der Union sicherzustellen; fordert das Parlament auf, die Verwendung geheimer Abstimmungen ausschließlich auf Wahlen oder Abstimmungen über Einzelpersonen zu beschränken;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 56
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern der Union sicherzustellen; ***fordert das Parlament auf, die Verwendung geheimer Abstimmungen ausschließlich auf Wahlen oder Abstimmungen über Einzelpersonen zu beschränken;***	29. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern der Union sicherzustellen;

Or. fr

Änderungsantrag 57
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den	29. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den

Bürgern der Union sicherzustellen; ***fordert das Parlament auf, die Verwendung geheimer*** Abstimmungen ***ausschließlich auf*** Wahlen ***oder*** Abstimmungen über Einzelpersonen ***zu beschränken***;	Bürgern der Union sicherzustellen; ***weist darauf hin, dass geheime*** Abstimmungen ***laut der Geschäftsordnung im Allgemeinen für*** Wahlen ***und*** Abstimmungen über Einzelpersonen ***verwendet werden***; ***weist ferner darauf hin, dass eine geheime Abstimmung auch erfolgt, wenn sie von Mitgliedern oder einer oder mehreren Fraktionen, durch die mindestens die hohe Schwelle erreicht wird, beantragt wird; nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass der AFCO-Ausschuss beauftragt wurde, die Verwendung der letztgenannten Option zu bewerten, und erwartet die Schlussfolgerungen und Vorschläge des Ausschusses;***
	Or. en

Änderungsantrag 58
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach es das Ziel der EU und ihrer Organe ist, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken, und fordert das Organ auf, sich mit allen verfügbaren Maßnahmen und Mitteln uneingeschränkt dafür einzusetzen und seine Anstrengungen zu maximieren, um den Frieden zu fördern und den Krieg in der Ukraine so bald wie möglich zu beenden sowie den Frieden zu erhalten und die europäische Sicherheit zu stärken;
	Or. en

Änderungsantrag 59
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert das Parlament auf, seine Verwaltungsdienste stärker zu straffen, um doppelten Aufwand zu beseitigen und unnötige Kosten zu senken; betont, dass die so erzielten Einsparungen für die strategischen Prioritäten der Union – insbesondere die Grenzsicherung, die Unterstützung von KMU, die Landwirtschaft sowie Forschung und Innovation – neu zugeordnet werden sollten;

Or. fr

Änderungsantrag 60
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Präsidentschaft (GD PRES) in jeder Phase des parlamentarischen und legislativen Prozesses Fachwissen bereitstellt und die legislative und parlamentarische Arbeit des Präsidenten, des Plenums und der Leitungsgremien des Parlaments sowie der Mitglieder erleichtert; weist erneut darauf hin, dass sie auch für die interinstitutionellen Beziehungen, für die protokollarische Unterstützung bei offiziellen Besuchen und bei durch den Präsidenten gesponserten Veranstaltungen, für die Verwaltung von Verschlusssachen	30. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Präsidentschaft (GD PRES) in jeder Phase des parlamentarischen und legislativen Prozesses Fachwissen bereitstellt und die legislative und parlamentarische Arbeit des Präsidenten, des Plenums und der Leitungsgremien des Parlaments sowie der Mitglieder erleichtert; weist erneut darauf hin, dass sie auch für die interinstitutionellen Beziehungen, für die protokollarische Unterstützung bei offiziellen Besuchen und bei durch den Präsidenten gesponserten Veranstaltungen, für die Verwaltung von Verschlusssachen

der Union und für die Verwaltung der offiziellen und eingeschriebenen Post zuständig ist; stellt fest, dass die GD PRES am 31. Dezember 2024 406 Bedienstete beschäftigte, davon 320 Beamte, 29 Bedienstete auf Zeit, 55 Vertragsbedienstete, einen abgeordneten nationalen Experten und einen Bediensteten einer Agentur;	der Union und für die Verwaltung der offiziellen und eingeschriebenen Post zuständig ist; stellt fest, dass die GD PRES am 31. Dezember 2024 406 Bedienstete beschäftigte, davon 320 Beamte, 29 Bedienstete auf Zeit, 55 Vertragsbedienstete, einen abgeordneten nationalen Experten und einen Bediensteten einer Agentur; ***bedauert, dass sie einseitig, willkürlich und ohne Begründung entscheidet, welche Änderungsanträge, d. h. im Plenum eingereichte Texte, für zulässig erklärt werden können oder nicht, ohne dass die Möglichkeit besteht, dagegen Einspruch zu erheben;***
	Or. fr

Änderungsantrag 61
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. lobt die GD PRES für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung und Weiterverfolgung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz, die eine erste Gesamtbewertung der technischen Umsetzung der Reform sowie Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen zu Fragen der Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht umfassten;	33. lobt die GD PRES für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung und Weiterverfolgung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz, die eine erste Gesamtbewertung der technischen Umsetzung der Reform sowie Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen zu Fragen der Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht umfassten; ***betont jedoch, dass das Parlament trotz der verstärkten Maßnahmen seit dem Fall Katargate, durch den die Schwächen der internen Kontrollmechanismen des Parlaments verdeutlicht wurden, und der Anwendung einer Politik „nach zweierlei Maß“, durch die bestimmte Fraktionen geschützt wurden, nach wie vor nicht in***

der Lage ist, Korruption und die Veruntreuung finanzieller Mittel innerhalb seines eigenen Organs wirksam zu bekämpfen; empfiehlt angesichts des Huawei-Skandals[1] im Jahr 2024 und der anschließenden Aufdeckung der LIFE-Affäre im Zusammenhang mit dem Grünen Deal, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um die Wirksamkeit der vom Parlament angenommenen Maßnahmen zu bewerten, um Korruptionsfälle und weitreichendes Fehlverhalten sowie Interessenkonflikte zu vermeiden;

[1] https://www.touteleurope.eu/institutions/soupcons-de-corruption-l-entreprise-chinoise-huawei-au-coeur-d-un-nouveau-scandale-au-parlement-europeen/.

Or. fr

Änderungsantrag 62
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. lobt die GD PRES für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung und Weiterverfolgung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz, die eine erste Gesamtbewertung der technischen Umsetzung der Reform sowie Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen zu Fragen der Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht umfassten;	33. lobt die GD PRES für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung und Weiterverfolgung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz, die eine erste Gesamtbewertung der technischen Umsetzung der Reform sowie Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen zu Fragen der Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht umfassten; ***begrüßt ferner die Rolle des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern bei der Überwachung der Einhaltung des Verhaltenskodex und***

seiner Durchführungsbestimmungen durch die Mitglieder;

Or. en

Änderungsantrag 63
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	33a. fordert das Parlament auf, einen Jahresbericht über die Disziplinarmaßnahmen zu veröffentlichen, die gegen Mitglieder oder Bedienstete, die gegen ethische Normen verstoßen haben, verhängt wurden, und dabei umfassende Rechenschaft und einen transparente Umgang mit den Namen der betroffenen Mitglieder sicherzustellen, wenn dies nicht in den Jahresbericht des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern aufgenommen wird; empfiehlt, dass seine Dienststellen eine Suchfunktion bereitstellen, um Erwähnungen von verhängten Strafen in den Protokollen des Parlaments und den Profilen der Mitglieder auf der Website des Parlaments leichter zu finden;

Or. en

Änderungsantrag 64
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Fortsetzung ***und***	34. fordert die Fortsetzung der

Stärkung der interinstitutionellen Zusammenarbeit und des Dialogs über Integrität***,*** Transparenz ***und ethische Standards*** innerhalb der Organe der Union;	interinstitutionellen Zusammenarbeit und des Dialogs über Integrität ***und*** Transparenz innerhalb der Organe der Union;

Or. en

Änderungsantrag 65
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. begrüßt, dass die GD PRES ihre wirksame Zusammenarbeit mit dem Rat und der Kommission zu allen das interinstitutionelle Sekretariat des Transparenz-Registers betreffenden Aspekten fortgesetzt hat, um die Funktionsweise des Registers weiter zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 66
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. weist darauf hin, dass die interne Bearbeitung, einschließlich Textüberprüfung, Übersetzung und Zulässigkeitsprüfungen, einen Teil der Gesamtübermittlungszeit schriftlicher Anfragen einnimmt; fordert die Verwaltung auf, diese Verfahren unter uneingeschränkter Achtung der sprachlichen Qualität und der Datenschutzanforderungen weiter zu

straffen, um die Kontrolltätigkeit der Mitglieder wirksamer zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 67
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. begrüßt, dass das Parlament kürzlich das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des EU-Wahlrechts eingeleitet hat, um eine neue vorübergehende Stimmrechtsvertretungsoption für Mitglieder während der späten Phase einer Schwangerschaft und der frühen Mutterschaftsphase einzuführen; begrüßt, dass sich das Europäische Parlament mit seiner Abstimmung im Plenum am 13. November 2025 zur Gleichstellung der Geschlechter, Inklusivität und Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben bekannt hat, auch wenn ein umfassenderer Elternurlaub nicht unter das Gesetz fällt; wiederholt seine Aufforderung, es den Mitgliedern zu ermöglichen, ihr Recht auf Fernabstimmung auch während einer Langzeiterkrankung oder im Falle höherer Gewalt auszuüben, und ihnen dadurch zu ermöglichen, ihre Aufgaben wahrzunehmen und gleichzeitig einen Nutzen aus den großen Verwaltungsbemühungen und finanziellen Investitionen zu ziehen, die das Parlament während der Pandemie im Hinblick auf technische Lösungen zur Ermöglichung der Fernabstimmung geleistet bzw. getätigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 68
Gerben-Jan Gerbrandy

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. stellt fest, dass aktuelle Anwesenheitsdaten auf Ausschussebene derzeit nicht verfügbar sind; betont, dass der Zugang zu solchen Daten die Fähigkeit des CONT-Ausschusses verbessern würde, die effiziente Verwendung der Finanzmittel zu überwachen; fordert die Dienststellen des Parlaments auf, diese Anwesenheitsdaten auf Ausschussebene jährlich für den CONT-Ausschuss zu veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 69
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36b. weist darauf hin, dass das Parlament gemäß dem Vertrag über die Europäische Union seinen Sitz in Straßburg hat, wo die zwölf monatlichen Plenartagungen abgehalten werden sollen, und dass jede Änderung der Verträge die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erfordert; weist darauf hin, dass sich die große Mehrheit des Parlaments für das Recht auf Festlegung seines Sitzes und für einen einzigen Sitz ausspricht, damit das Geld der Steuerzahler der Union effizient verwendet wird und das Parlament als Organ seine Verantwortung für die Verkleinerung seines CO_2-Fußabdrucks übernimmt;

Or. en

Änderungsantrag 70
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. stellt fest, dass die Aufgabe der Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) darin besteht, dafür zu sorgen, dass die Bürger die ***Bedeutung*** des Parlaments verstehen***, damit sie sich besser in den demokratischen Prozess in Europa einbringen können***; betont, dass die Hauptaufgaben der GD COMM darin bestehen, mit den Medien zusammenzuarbeiten, über die Arbeit des Parlaments zu informieren, sie zu erläutern und sie besser sichtbar zu machen, mithilfe der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten das Bewusstsein für das Parlament unter Bürgern in allen Mitgliedstaaten***, Interessengruppen und Meinungsführern*** zu schärfen, durch verbesserte Besucherprojekte, Veranstaltungen und Informationskampagnen die Interaktion mit den Bürgern sowie die Präsenz in den sozialen Medien zu fördern und den Mitgliedern und Fraktionen Fachwissen zu Themen wie Medienbeobachtung und Überwachung der öffentlichen Meinung zur Verfügung zu stellen;	37. stellt fest, dass die Aufgabe der Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) darin besteht, dafür zu sorgen, dass die Bürger die ***Arbeitsweise*** des Parlaments verstehen; betont, dass die Hauptaufgaben der GD COMM darin bestehen, mit den Medien zusammenzuarbeiten, über die Arbeit des Parlaments zu informieren, sie zu erläutern und sie besser sichtbar zu machen, mithilfe der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten das Bewusstsein für das Parlament unter Bürgern in allen Mitgliedstaaten zu schärfen, durch verbesserte Besucherprojekte, Veranstaltungen und Informationskampagnen die Interaktion mit den Bürgern sowie die Präsenz in den sozialen Medien zu fördern und den Mitgliedern und Fraktionen Fachwissen zu Themen wie Medienbeobachtung und Überwachung der öffentlichen Meinung zur Verfügung zu stellen;

Or. fr

Änderungsantrag 71
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ***stellt fest***, dass die Kommunikation im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 im Mittelpunkt der Tätigkeiten der GD COMM stand; weist darauf hin, dass diese insbesondere die ***erfolgreiche*** Kommunikationskampagne „Go to vote“, Partnerschaften mit mehr als 300 Organisationen der Zivilgesellschaft und Briefings von mehr als 18 000 Journalisten umfassten; stellt fest, dass sich alle strategischen Projekte der GD COMM im Jahr 2024 mit einer Abschlussquote von 94 % auf die Wahl zum Europäischen Parlament bezogen, während die verbleibenden 6 % der Umsetzung der neuen Websitestruktur gewidmet waren;	39. ***bedauert,*** dass die Kommunikation im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 im Mittelpunkt der Tätigkeiten der GD COMM stand***, mit einem kolossalen Betrag von 37 Mio. EUR zuzüglich Subventionen in Höhe von 11,7 Mio. EUR***; weist darauf hin, dass diese insbesondere die Kommunikationskampagne „Go to vote“ ***betrafen, für die Organisationen finanziert wurden, deren Beziehung zum demokratischen Prozess in Europa äußerst fragwürdig ist, wie etwa nationale Medien, einschließlich öffentlich-rechtlicher Medien, von denen einige bekanntlich dem Prinzip der Wahrung der politischen Neutralität zuwiderhandeln (France Télévisions in Frankreich); weist ferner darauf hin, dass diese darüber hinaus*** Partnerschaften mit mehr als 300 Organisationen der Zivilgesellschaft ***wie nichtstaatlichen Organisationen (z. B. OXFAM), 200 multinationalen Unternehmen (z. B. Coca-Cola), 200 Content-Verfassern*** und Briefings von mehr als 18 000 Journalisten umfassten; stellt fest, dass sich alle strategischen Projekte der GD COMM im Jahr 2024 mit einer Abschlussquote von 94 % auf die Wahl zum Europäischen Parlament bezogen, während die verbleibenden 6 % der Umsetzung der neuen Websitestruktur gewidmet waren; ***bedauert zutiefst, dass der Zweck dieses Haushaltspostens während der Wahlperiode darin bestanden hat, im Interesse einer politisch ausgerichteten Kommunikation zugunsten einer stärkeren europäischen Integration auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten und der Demokratie zu dienen;***
	Or. fr

Änderungsantrag 72
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. ist darüber hinaus im Rahmen des demokratischen Prozesses besorgt darüber, dass einige wichtige Parteien und Kandidaten von der Eurovision-Debatte ausgeschlossen wurden, die von der European Broadcasting Union (EBU) im Parlament im Hinblick auf die Europawahlen und somit mit ihrer finanziellen Beteiligung organisiert wurde; verweist auf die in dem OSZE-Bericht enthaltenen Bedenken, insbesondere die Frage nach den Auswirkungen auf die Integrität der Wahlen insgesamt, insbesondere wenn sie mit einer begrenzten Beteiligung der Öffentlichkeit an der politischen Debatte einhergehen; weist ferner auf die Tatsache hin, dass in einigen Ländern führende Politiker ihre offizielle Position genutzt haben, um ihre Partei zu fördern, wie dies beim damaligen französischen Premierminister der Fall war; weist ferner auf die Tatsache hin, dass die Teilnahme an dieser Debatte jedoch auf Spitzenkandidaten beschränkt war, die von den bestehenden Fraktionen im derzeitigen Europäischen Parlament benannt wurden – ein solcher Ansatz hat vier politische Parteien an der Teilnahme gehindert und steht nicht im Einklang mit Ziffer 7.8 des Kopenhagener Dokuments der OSZE von 1990; weist darauf hin, dass die Finanzierung europäischer politischer Parteien aus dem Haushalt des Parlaments, der für die Förderung des Parlaments bestimmt ist, verboten ist; stellt fest, dass dies somit einen finanziellen Vorteil für die Parteien darstellt, der gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 unrechtmäßig ist und gegen den die Behörde für

europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (APPF) finanzielle Sanktionen verhängen sollte; bedauert, dass gewählte Amtsträger nach wie vor aufgrund ihrer politischen Ausrichtung durch die EU-Organe diskriminiert werden; bedauert ferner die Tatsache, dass das Parlament – das seinem Wesen nach ein Vertreter der Demokratie ist – dazu beiträgt, dies in voller Kenntnis der Sachlage und unter Missachtung der Vorschriften zu finanzieren;

Or. fr

Änderungsantrag 73
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. fordert das Europäische Parlament auf, eine strenge Ex-post-Bewertung der Wirksamkeit seiner im Jahr 2024 durchgeführten Kommunikationskampagnen durchzuführen und dabei streng definierte wesentliche Leistungsindikatoren (KPI) zu verwenden; fordert die Verwaltung nachdrücklich auf, Kommunikationsstrategien und Social-Media-Formate, bei denen die Interaktionen durchweg vernachlässigbar sind oder die bei den Bürgerinnen und Bürgern keinen Anklang finden, unverzüglich einzustellen, um die umsichtige und wirksame Verwendung von Steuergeldern sicherzustellen; fordert, dass künftige Finanzmittel für Kommunikation streng an messbare Folgenabschätzungen geknüpft werden;

Or. en

Änderungsantrag 74
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. weist darauf hin, dass das Europäische Parlament nicht verpflichtet ist, auf jeder verfügbaren Social-Media-Plattform präsent zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 75
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. betont, dass dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments (EPLO) in Washington eine wichtige Funktion für die Förderung der transatlantischen Beziehungen und die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem US-Kongress und dem Europäischen Parlament zukommt; betont, dass die Rolle des Verbindungsbüros des EP in Washington angesichts der neuen US-Regierung und der sich abzeichnenden globalen Herausforderungen noch wichtiger ist; fordert, dass sowohl die Haushaltsmittel als auch die Personalausstattung zur Unterstützung der Tätigkeiten des Verbindungsbüros in Washington erhöht werden, insbesondere um die strategischen Beziehungen zu verschiedenen Gremien des US-Kongresses zu stärken, wichtige legislative Fragen von gemeinsamem Interesse zu identifizieren, einen effektiven

Informationsaustausch über neue Kommunikationskanäle sicherzustellen, die Zusammenarbeit mit der EU-Delegation in Washington zu verstärken, das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Wahrnehmung der Verwaltungen zu verbessern sowie eine verstärkte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem US-Kongress zu begünstigen;

Or. en

Änderungsantrag 76
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. fordert eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments (EPLO) und fordert den Europäischen Rechnungshof (EuRH) auf, die Kosteneffizienz der Verbindungsbüros zu bewerten; fordert, dass bei dieser Bewertung insbesondere evaluiert wird, ob es weiterhin notwendig ist, physische Räumlichkeiten in den Mitgliedstaaten zu unterhalten; erwartet, dass die Verwaltung einen Umstrukturierungsplan zur Rationalisierung des Netzes der Verbindungsbüros vorschlägt, um Einsparungen zu ermitteln und die effiziente Arbeitsweise des Parlaments zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 77
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. stellt fest, dass im Jahr 2024 14 Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eröffnet wurden, die insgesamt 957 209 Besucher anzogen, wobei die Besucherzahlen sehr heterogen waren; weist darauf hin, dass in Straßburg (381 687) und Berlin (122 672) die höchsten Besucherzahlen verzeichnet wurden, in Kopenhagen (18 182) und Dublin (8 312) die niedrigsten; nimmt die Bemerkung zur Kenntnis, dass die Ausstellungen „Erlebnis Europa“ von den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in den jeweiligen Mitgliedstaaten als EU-Knotenpunkte für demokratisches Engagement genutzt werden, die Möglichkeiten bieten, ein breiteres Publikum für die Botschaften des Parlaments zu gewinnen;	42. stellt fest, dass im Jahr 2024 14 Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eröffnet wurden, die insgesamt 957 209 Besucher anzogen, wobei die Besucherzahlen sehr heterogen waren; weist darauf hin, dass in Straßburg (381 687) und Berlin (122 672) die höchsten Besucherzahlen verzeichnet wurden, in Kopenhagen (18 182) und Dublin (8 312) die niedrigsten***, wobei die Ausstellung in Dublin erst im Oktober 2024 eröffnet wurde***; nimmt die Bemerkung zur Kenntnis, dass die Ausstellungen „Erlebnis Europa“ von den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in den jeweiligen Mitgliedstaaten als EU-Knotenpunkte für demokratisches Engagement genutzt werden, die Möglichkeiten bieten, ein breiteres Publikum für die Botschaften des Parlaments zu gewinnen;

Or. en

Änderungsantrag 78
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. missbilligt aufs Schärfste die gigantischen Kosten der Ausstellungen „Erlebnis Europa“, die sich im Jahr 2024 auf nahezu 13 Mio. EUR beliefen, sowie die anfänglichen Aufwendungen in Höhe von 112 Mio. EUR seit ihrer Eröffnung; stellt fest, dass diese Ausstellungen nur von begrenztem Interesse und nicht mehr als ein Mittel der Propaganda für eine

stärkere europäische Integration auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten sind; erklärt sich empört über die gigantischen und abwegigen Durchschnittskosten pro Besucher im Jahr 2024, die bei der Ausstellung von Paris bis zu 70 Euro pro Person betragen und einen klaren Fall von Misswirtschaft darstellen; bedauert schließlich die Eröffnung neuer Ausstellungen in Drittländern: Panama, der Republik Moldau und Albanien[1];

[1] https://www.europarl.europa.eu/news/fr/press-room/20250310IPR27226/european-parliament-to-establish-western-balkans-office-in-albania.

Or. fr

Änderungsantrag 79
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. unterstreicht, dass es wichtig ist, die bisherigen Erfahrungen mit den Ausstellungen „Erlebnis Europa“ gründlich zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Suche nach geeigneten Gebäuden ***und die Frage, wie Zielgruppen wirksam erreicht werden können, bewährte Verfahren zu ermitteln und die künftige Entwicklung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ an den lokalen Bedürfnissen und den nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten***; betont, dass diese Neubewertung als Richtschnur für künftige Anpassungen oder Neuerwägungen im Hinblick auf ***einen weiteren Ausbau*** dienen sollte***, um sicherzustellen, dass künftige Investitionen effizienter ihrem vorgesehenen Zweck dienen, das***	43. unterstreicht, dass es wichtig ist, die bisherigen Erfahrungen mit den Ausstellungen „Erlebnis Europa“ gründlich zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Suche nach geeigneten Gebäuden; betont, dass diese Neubewertung als Richtschnur für künftige Anpassungen oder Neuerwägungen im Hinblick auf ***Kosteneinsparungen*** dienen sollte;

Parlament den Bürgern näherzubringen und deren Verständnis für das demokratische Verfahren der Union zu verbessern;

Or. fr

Änderungsantrag 80
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. unterstreicht, dass es wichtig ist, die bisherigen Erfahrungen mit den Ausstellungen „Erlebnis Europa“ gründlich zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Suche nach geeigneten Gebäuden und die Frage, wie Zielgruppen wirksam erreicht werden können, bewährte Verfahren zu ermitteln und die künftige Entwicklung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ an den lokalen Bedürfnissen und den nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten; betont, dass diese Neubewertung als Richtschnur für künftige Anpassungen oder Neuerwägungen im Hinblick auf einen weiteren Ausbau dienen sollte, um sicherzustellen, dass künftige Investitionen effizienter ihrem vorgesehenen Zweck dienen, das Parlament den Bürgern näherzubringen und deren Verständnis für das demokratische Verfahren der Union zu verbessern;	43. unterstreicht, dass es wichtig ist, die bisherigen Erfahrungen mit den Ausstellungen „Erlebnis Europa“ gründlich zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Suche nach geeigneten Gebäuden und die Frage, wie Zielgruppen wirksam erreicht werden können, bewährte Verfahren zu ermitteln und die künftige Entwicklung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ an den lokalen Bedürfnissen und den nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten; betont, dass diese Neubewertung als Richtschnur für künftige Anpassungen oder Neuerwägungen im Hinblick auf einen weiteren Ausbau ***oder möglicherweise sogar für Schließungen, wenn sich die Ausstellungen als unwirksam erweisen,*** dienen sollte, um sicherzustellen, dass künftige Investitionen effizienter ihrem vorgesehenen Zweck dienen, das Parlament den Bürgern näherzubringen und deren Verständnis für das demokratische Verfahren der Union zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 81
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	43a. fordert eine klare Definition der Ergebnisindikatoren für die Ausstellungen „Erlebnis Europa“; fordert, dass dieses Programm einer unabhängigen Bewertung unterzogen wird, um eindeutig nachzuweisen, was den Bürgerinnen und Bürgern für öffentliche Mittel geboten wird; besteht darauf, dass das Programm eingestellt werden muss, wenn es kein klar positives Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist;

Or. en

Änderungsantrag 82
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. stellt fest, dass eine neue Regelung für die Zahlung von Subventionen für bezuschusste Besuchergruppen vom Präsidium am 11. September 2023 angenommen wurde und am 1. Januar 2024 in Kraft trat; stellt fest, dass im Jahr 2024 300 000 bezuschusste und nicht bezuschusste Besucher von Mitgliedern in Brüssel und Straßburg eingeladen wurden; stellt fest, dass sich die Subventionen für solche Besuchergruppen im Jahr 2024 auf 17 % der Ausgaben der GD COMM beliefen; ***ist der Ansicht***, dass ***auch*** von den Fraktionen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um ihre Mitglieder mithilfe von Mitteln aus Haushaltsartikel 400 bei ***solchen Aktivitäten*** zu unterstützen***, die darauf abzielen, Bürger und insbesondere junge Menschen anzuziehen*** und über die Arbeit	44. stellt fest, dass eine neue Regelung für die Zahlung von Subventionen für bezuschusste Besuchergruppen vom Präsidium am 11. September 2023 angenommen wurde und am 1. Januar 2024 in Kraft trat; stellt fest, dass im Jahr 2024 300 000 bezuschusste und nicht bezuschusste Besucher von Mitgliedern in Brüssel und Straßburg eingeladen wurden; stellt fest, dass sich die Subventionen für solche Besuchergruppen im Jahr 2024 auf 17 % der Ausgaben der GD COMM beliefen; ***nimmt zur Kenntnis***, dass von den Fraktionen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um ihre Mitglieder mithilfe von Mitteln aus Haushaltsartikel 400 bei ***der Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern, einschließlich junger Menschen,*** zu unterstützen und ***sie*** über die Arbeit der

der Mitglieder in Straßburg und Brüssel zu informieren;

Mitglieder in Straßburg und Brüssel zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 83
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45a. weist darauf hin, dass das Parlament in der Vergangenheit Medienorganisationen und Organisationen politisch aktiver Menschen finanziert hat[1a], die sich für eine stärkere Zentralisierung der Entscheidungsbefugnis innerhalb der EU-Organe einsetzen;
	[1a] https://www.brusselsreport.eu/2021/07/07/how-the-european-parliament-financially-supports-mass-media/

Or. en

Änderungsantrag 84
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 45 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45b. lehnt die Finanzierung von Organisationen politisch aktiver Menschen ab und ist der Ansicht, dass derlei Praktiken dem Ruf des Parlaments, das als Organ politisch neutral sein sollte, schaden;

Or. en

Änderungsantrag 85
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 45 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45c. begrüßt die Aussetzung bestimmter Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen[1a]; fordert eine detaillierte Berichterstattung über die Gründe für diese Aussetzung und die Kriterien für künftige Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen; fordert verstärkte Kontrollmechanismen vor der Wiederaufnahme solcher Finanzierungsprogramme;
	[1a] https://www.europarl.europa.eu/contracts-and-grants/de/grants/media-and-events

Or. en

Änderungsantrag 86
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 45 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45d. betont, dass das Medienökosystem, das Angelegenheiten des Europäischen Parlaments abdeckt, zunehmend aus Konsortien besteht, die finanziell von der Haushaltslinie „Multimedia-Aktionen“ der Kommission abhängig sind; stellt fest, dass nach einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen mit einem Wert von 8 Mio. EUR im Jahr 2024 drei große europaweite Projekte (European

Newsroom[1a], EMOVE[1b] und Pulse[1c]) ausgewählt wurden, um Journalistenteams speziell für die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten einzurichten oder zu erweitern[1d]; weist warnend darauf hin, dass dies zu einer strukturellen Abhängigkeit führt, bei der die Einrichtungen, die dafür verantwortlich sind, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Rechenschaft zu ziehen, selbst von EU-Mitteln abhängig sind;

[1a] Das Konsortium besteht aus: dpa (Deutschland, Koordinator), AFP (Frankreich), AGERPRES (Rumänien), ANSA (Italien), APA (Österreich), ATA (Albanien), Belga (Belgien), BTA (Bulgarien), EFE und Europapress (Spanien), FENA (Bosnien und Herzegowina), HINA (Kroatien), MIA (Nordmazedonien), STA (Slowenien), Tanjug (Serbien), TASR (Slowakei), TT (Schweden), AMNA (Griechenland), ANP (Niederlande), PAP (Polen), CTK (Tschechien), LUSA (Portugal) und Ritzau (Dänemark). Ukrinfom (Ukraine) ist nach wie vor ein Solidaritätspartner (EU-Mittel: 2,3 Mio. EUR).

[1b] Das Konsortium besteht aus: ARTE (Frankreich, Koordinator), El País (Spanien), Gazeta Wyborcza (Polen), Internazionale (Italien), Kathimerini (Griechenland), Le Soir (Belgien), Telex.hu (Ungarn), ir.lv (Lettland), BIRN hub (Balkan), ORF (Österreich), RTBF (Belgien), Arte Deutschland (Deutschland), RTVE (Spanien) und SSR SRG (Schweiz). (EU-Mittel: 3,85 Mio. EUR).

[1c] Das Konsortium besteht aus: Centro per la Cooperazione Internazionale/OBC Transeuropa (Italien, Koordinator), n-ost (Deutschland), Voxeurop (Frankreich), Delfi (Litauen), Deník Referendum (Tschechien), Der Standard (Österreich), EFSYN (Griechenland), El Confidencial

(Spanien), Gazeta Wyborcza (Polen), Hotnews (Rumänien), HVG (Ungarn), Il Sole 24 Ore (Italien) und Mediapool (Bulgarien). (EU-Mittel: 1,87 Mio. EUR).

[1d] https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/three-media-consortia-selected-report-european-affairs

Or. en

Änderungsantrag 87
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 45 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45e. ist zutiefst besorgt über die Ausweitung dieses Finanzierungsmodells und stellt fest, dass die Kommission einen Finanzierungsbeschluss für 2025 angenommen hat, mit dem insgesamt 20,9 Mio. EUR für diese Maßnahmen bereitgestellt werden[1a]; betont, dass dies gegenüber der Referenzaufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Jahr 2024 einen Anstieg um mehr als 160 % darstellt; gibt zu bedenken, dass ein solch erheblicher Zustrom von Finanzmitteln der Exekutive, das Fehlen von Transparenz und unabhängiger Kontrolle die Objektivität der Medienberichterstattung über die Arbeit des Parlaments untergraben könnte;

[1a] https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/2025-financing-decision-multimedia-actions

Or. en

Änderungsantrag 88

Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 45 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45f. fordert die Union auf, den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich und transparent mitzuteilen, welche Medien oder Organisationen politisch aktiver Menschen von den Organen finanziell unterstützt werden; fordert das Parlament nachdrücklich auf, über die in der Haushaltsordnung festgelegten Mindestanforderungen hinauszugehen und alle gewährten Finanzhilfen und Zuschüsse unverzüglich offenzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 89
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 45 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45g. stellt fest, dass die Unabhängigkeit von Journalisten, die die Arbeit der EU-Organe kontrollieren sollen, durch solche Praktiken untergraben wird, und hält es daher für notwendig, die EU-Finanzierung von Medienorganisationen einzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 90
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 45 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45h. begrüßt die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe zur Kontrolle der Finanzierung nichtstaatlicher Organisationen, die mehr Aufschluss über die Frage der EU-Medienfinanzierung geben könnte; weist auf die Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs (Sonderbericht Nr. 11/2025) hin, in dem zu bedenken gegeben wurde, dass die EU-Mittel, die nichtstaatlichen Organisationen im Rahmen der internen Politikbereiche gewährt wurden, nicht ausreichend transparent gewesen seien und dass keine proaktive Überprüfung der Einhaltung der Werte der EU seitens der Kommission und anderer Durchführungsstellen stattfinde; fordert den Europäischen Rechnungshof auf, die Medienfinanzierung besonders zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 91
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 45 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45i. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, die Einrichtung eines einheitlichen interinstitutionellen Medientransparenzportals in die Wege zu leiten, auf dem alle Medienunternehmen, die EU-Mittel aus dem Haushalt der Kommission oder des Parlaments erhalten, offengelegt werden; besteht darauf, dass dieses Portal detaillierte Daten über die Untervergabe von Finanzhilfen innerhalb von Konsortien bereitstellen muss, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger die

letztendliche Finanzierungsquelle für Nachrichtenberichte über die Tätigkeiten der Mitglieder ermitteln können, wodurch sichergestellt wird, dass die „Wächter“ der Demokratie in Bezug auf ihre finanzielle Unterstützung transparent bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 92
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. begrüßt, dass die GD PERS im Jahr 2024 weiterhin Auswahl- und Ausleseverfahren organisiert hat, wobei sie einen wachsenden Berberpool bewältigte, und dass sie auch vier Auswahlverfahren nach Staatsangehörigkeit organisiert hat; begrüßt die Bemühungen der GD PERS, Auswahlverfahren zu organisieren, deren fristgerechte Durchführung sicherzustellen und die erforderlichen Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten; begrüßt, dass mehr als 441 Bewerber erfolgreich auf die Reservelisten gesetzt wurden; bedauert jedoch, dass das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) systematische Probleme bei der Durchführung von Auswahlverfahren hatte und dass nicht genügend Bewerber zur Verfügung stehen, die dem Bedarf des Parlaments entsprechen; bedauert, dass die durchschnittliche Dauer zwischen der Veröffentlichung der Bekanntmachung des Auswahlverfahrens und dem abschließenden Vorstellungsgespräch für jedes Auswahlverfahren mehr als ein Jahr beträgt; nimmt die allgemeinen Schwierigkeiten der GD PERS und anderer Generaldirektionen bei der Anwerbung und Bindung von Fachkräften zur Kenntnis, die	48. begrüßt, dass die GD PERS im Jahr 2024 weiterhin Auswahl- und Ausleseverfahren organisiert hat, wobei sie einen wachsenden Berberpool bewältigte, und dass sie auch vier Auswahlverfahren nach Staatsangehörigkeit organisiert hat; begrüßt die Bemühungen der GD PERS, Auswahlverfahren zu organisieren, deren fristgerechte Durchführung sicherzustellen und die erforderlichen Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten; begrüßt, dass mehr als 441 Bewerber erfolgreich auf die Reservelisten gesetzt wurden; bedauert jedoch, dass das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) systematische Probleme bei der Durchführung von Auswahlverfahren hatte und dass nicht genügend Bewerber zur Verfügung stehen, die dem Bedarf des Parlaments entsprechen; bedauert, dass die durchschnittliche Dauer zwischen der Veröffentlichung der Bekanntmachung des Auswahlverfahrens und dem abschließenden Vorstellungsgespräch für jedes Auswahlverfahren mehr als ein Jahr beträgt; nimmt die allgemeinen Schwierigkeiten der GD PERS und anderer Generaldirektionen bei der Anwerbung und Bindung von Fachkräften zur Kenntnis, die

sich auf die Leistung des Personals des Parlaments auswirken; fordert effizientere, gezieltere und kürzere Auswahlverfahren, die dazu führen würden, dass das Parlament als Arbeitgeber attraktiver wird, und die es den Generaldirektionen ermöglichen würden, die zur Unterstützung ihrer Arbeit erforderlichen Spezialisten rasch einzustellen;	sich auf die Leistung des Personals des Parlaments auswirken; fordert effizientere, gezieltere und kürzere Auswahlverfahren, die dazu führen würden, dass das Parlament als Arbeitgeber attraktiver wird, und die es den Generaldirektionen ermöglichen würden, die zur Unterstützung ihrer Arbeit erforderlichen Spezialisten rasch einzustellen; ***betont, dass Auswahlverfahren ohne Doppelmoral oder unangemessene Präferenzen und unter uneingeschränkter Achtung der Grundsätze der Gleichbehandlung und der geografischen Ausgewogenheit durchgeführt werden müssen, wobei eine gerechte Vertretung aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist;***
	Or. en

Änderungsantrag 93
Jacek Protas

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. begrüßt die staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Bewerberpool aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; weist mit Nachdruck darauf hin, dass Verbesserungen nötig sind, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Behebung der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;	49. begrüßt die staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Bewerberpool aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; ***stellt jedoch fest, dass eine nach Staatsangehörigkeit und Funktionsgruppe aufgeschlüsselte Analyse der personalbezogenen Daten des Parlaments ein anhaltendes Ungleichgewicht hinsichtlich der Berufslaufbahnen aufzeigt, wodurch Bedienstete aus bestimmten Mitgliedstaaten, auch wenn sie in der Verwaltung gut vertreten sind, in höheren Funktionsgruppen und in***

Entscheidungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; ***ist der Ansicht, dass diese Situation auf ein strukturelles Problem hindeutet, das nicht nur mit der Einstellung, sondern auch mit der Laufbahnentwicklung und mit Beförderungspfaden zusammenhängt; weist darauf hin, dass gemäß Artikel 27 des Statuts die Einstellung auf möglichst breiter geografischer Grundlage erfolgen muss;*** weist mit Nachdruck darauf hin, dass Verbesserungen nötig sind, und fordert den Generalsekretär auf, ***gemeinsam mit der GD PERS spezifische, messbare und zeitgebundene Maßnahmen vorzulegen, die darauf abzielen, diesen Unausgewogenheiten entgegenzuwirken, und dem Haushaltskontrollausschuss und*** der Entlastungsbehörde ***regelmäßig*** über die Fortschritte bei der Behebung der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;

Or. pl

Änderungsantrag 94
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. ***begrüßt*** die staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Bewerberpool aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und	49. ***nimmt*** die staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments ***zur Kenntnis***, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Bewerberpool aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird***; erinnert daran, dass in Artikel 27 des Statuts festgelegt ist, dass***

mittleren Führungsebene des Parlaments; weist mit Nachdruck darauf hin, dass Verbesserungen nötig sind, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Behebung der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;	***geografische Ausgewogenheit nur durch geeignete und gerechtfertigte Maßnahmen erreicht werden sollte, dass Auswahlverfahren stets auf Eignung beruhen und stets Grundprinzipien wie Gleichheit, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen sollten***; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; weist mit Nachdruck darauf hin, dass Verbesserungen nötig sind, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Behebung der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 95
Jacek Protas

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. erkennt an, dass anhaltende geografische Unausgewogenheiten auf Führungs- und Entscheidungsebene nur durch erhöhte Transparenz und systematische Überwachung wirksam behoben werden können; fordert daher den Generalsekretär und die GD PERS auf, dem Haushaltskontrollausschuss regelmäßig und auf strukturierte Weise über die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten; betont, dass der Umfang dieser Berichte über die Gesamtzahl der Bediensteten hinausgehen und insbesondere Daten über die Laufbahnentwicklung und Beförderung nach Staatsangehörigkeit und Funktionsgruppe, die Besetzung von Führungs- und Spitzenpositionen, die

Teilnahme an Talentmanagement- und Führungsprogrammen sowie die Verwendung von Ernennungen und Abordnungen auf Zeit als Teil der Laufbahnentwicklung umfassen sollte; weist darauf hin, dass diese Berichte es dem CONT-Ausschuss ermöglichen sollten, zu beurteilen, ob die leistungsbezogenen Beförderungsregeln für alle Mitgliedstaaten wirksam und gerecht angewandt werden;

Or. pl

Änderungsantrag 96
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. weist darauf hin, dass das Parlament einige seiner Dienste wie die Sicherheits- und IT-Dienste internalisiert hat, und bekräftigt seine Forderung, eine Machbarkeitsstudie zur Internalisierung anderer Dienste wie Catering und Reinigung durchzuführen, um eine angemessene Kosten-Nutzen-Analyse zu erhalten, und dem Haushaltskontrollausschuss über das Ergebnis Bericht zu erstatten; weist darauf hin, dass eine Internalisierung die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitskräfte in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments verbessern würde, die unabhängig von ihrem Status als gleich angesehen werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 97
Damian Boeselager

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. stellt fest, dass künstliche Intelligenz und Instrumente für große Sprachmodelle zunehmend in der Personalverwaltung genutzt werden, unter anderem für die Unterstützung bei der Einstellung, der Dokumentenanalyse und der Entscheidungsfindung; betont, dass eine klare Governance, menschliche Aufsicht, Transparenz und solide Datenschutzgarantien erforderlich sind; fordert die Verwaltung auf, die Entlastungsbehörde über den Umfang, die Risikobewertung und die ethischen Sicherheitsvorkehrungen solcher Instrumente, einschließlich ihrer Angleichung an die Werte und Grundrechte der Union, zu unterrichten;

Or. en

Änderungsantrag 98
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen;	51. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen***, bedauert jedoch weiterhin, dass bei der derzeitigen Regelung nicht berücksichtigt***

wird, dass sich APA in Fällen der Meldung von Missständen aufgrund ihrer besonderen Beschäftigungssituation in einer besonders schutzbedürftigen Lage befinden; fordert den Generalsekretär daher erneut auf, den akkreditierten parlamentarischen Assistenten, die Missstände melden, einen ähnlichen Schutz wie Opfern von Belästigung zu gewähren, insbesondere im Hinblick auf vorläufige Maßnahmen während der Verwaltungsuntersuchung und Schutzmaßnahmen in Bezug auf Anonymität, Bezahlung bis zum Ende des Vertrags, Versetzung und Schutz vor Repressalien; fordert das Präsidium und die Parlamentsverwaltung auf, den APA-Ausschuss in Bezug auf Überarbeitungen und Reformen, die sich direkt auf die Rechte von APA auswirken, regelmäßig und förmlich anzuhören; fordert die Parlamentsverwaltung auf, die Durchführbarkeit der Aufnahme einer Kündigungsfrist in die APA-Verträge für den Fall des unerwarteten Ausscheidens eines Mitglieds, sei es freiwillig oder unfreiwillig, zu prüfen; fordert das Präsidium und die Konferenz der Präsidenten auf, die geltende Regelung zu ändern, damit APA unter bestimmten Bedingungen und unter Berücksichtigung der logistischen Beschränkungen für Dienstreisen Mitglieder auf offiziellen Reisen von Delegationen und Ausschüssen begleiten dürfen, zumal diese Forderung in mehreren Entschließungen zu Entlastungsberichten immer wieder bekräftigt wurde; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 99
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen;	51. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen; ***fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften; stellt fest, dass die APA seitdem an offiziellen Reisen zu den drei Arbeitsorten des Parlaments teilnehmen; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde;***

Or. en

Änderungsantrag 100
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. weist darauf hin, dass APA unabhängig von ihrer Erfahrung und ihren Qualifikationen von der Teilnahme an internen Auswahlverfahren des Europäischen Parlaments ausgeschlossen sind; fordert das Präsidium auf, die Möglichkeit zu prüfen, APA unter noch

festzulegenden Bedingungen die Teilnahme an internen Auswahlverfahren in ähnlicher Weise zu gestatten, wie es bei Mitarbeitern des Europäischen Parlaments getan wird; betont, dass eine stärkere Einbeziehung von APA in die internen Strukturen des Parlaments zu einer inklusiveren, diverseren und geografisch ausgewogeneren Belegschaft führen könnte; hebt hervor, dass der Bewahrung und Weitergabe von Erfahrung und Wissen innerhalb des Europäischen Parlaments in Bezug auf die internen Arbeitsmethoden große Bedeutung zukommt;

Or. en

Änderungsantrag 101
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. bekräftigt seine Forderung an die Konferenz der Präsidenten und das Präsidium, die Durchführungsbestimmungen für die Tätigkeit der Delegationen und für Reisen außerhalb der Union zu überarbeiten; hebt hervor, dass bei einer solchen Überarbeitung die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden sollte, dass akkreditierte parlamentarische Assistenten die Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen bei offiziellen Delegations- und Dienstreisen des Parlaments begleiten; betont, dass diese Änderung keinerlei Änderung der Mittelausstattung zur Folge hätte und haushaltsneutral wäre;

Or. en

Änderungsantrag 102
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 51 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51b. weist erneut darauf hin, dass es notwendig und dringlich ist, die Bestimmung umzusetzen, die in den Entlastungsberichten der vergangenen Jahre im Plenum bekräftigt wurde und die es den APA ermöglichen soll, vorbehaltlich der Genehmigung des Arbeitsprogramms an den offiziellen Delegationen und Missionen des Europäischen Parlaments außerhalb der drei Arbeitsorte teilzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Gerben-Jan Gerbrandy

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind***, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen***; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom	52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten

Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***vertritt die Auffassung***, dass die Verwaltung der Entlastungsbehörde ***keine klare*** Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und ***nicht*** mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen ***bzw.*** um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;

für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***weist darauf hin***, dass die Verwaltung der Entlastungsbehörde ***eine*** Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen ***und*** um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;

Or. en

Änderungsantrag 104
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn	52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn

Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung der Entlastungsbehörde keine klare Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und nicht mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;	Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung der Entlastungsbehörde keine klare Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und nicht mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet; ***fordert die Verwaltung auf, dafür zu sorgen, dass die unterstützenden Maßnahmen wirksam und gerecht sind, einschließlich klarer One-Stop-Leitlinien, Unterstützung beim Identitätsschutz und Erstattung, sodass die betroffenen Personen keine unvermeidbaren Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Verfahren zur Ersetzung von Dokumenten tragen müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 105
Michal Wiezik, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA,	52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA,

betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***vertritt die Auffassung, dass*** die Verwaltung der Entlastungsbehörde ***keine*** klare Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und nicht mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;

betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***fordert*** die Verwaltung ***auf,*** der Entlastungsbehörde ***und den Bediensteten, einschließlich betroffener ehemaliger Bediensteter, eine*** klare Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und nicht mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;

Or. en

Änderungsantrag 106
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem	52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem

hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind***, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen***; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; ***bedauert, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; vertritt die Auffassung***, dass ***die*** Verwaltung ***der Entlastungsbehörde keine klare Analyse der Gründe für das Datenleck vorgelegt und nicht mitgeteilt hat, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet***;

hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; ***ist sich vollständig bewusst***, dass ***das Parlament auch in Zukunft ein Ziel für Cyberangriffe bleiben wird und dass höchste Wachsamkeit von grundlegender Bedeutung ist; begrüßt die von der*** Verwaltung ***ergriffenen Maßnahmen, um die Ausgereiftheit der Cybersicherheit und die Governance ihrer IT-Umgebung weiter zu stärken***;

Or. en

Änderungsantrag 107
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem	52. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem

hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; ***bedauert***, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***vertritt die Auffassung, dass*** die Verwaltung der Entlastungsbehörde ***keine*** klare Analyse der Gründe für das Datenleck ***vorgelegt*** und ***nicht mitgeteilt hat***, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;	hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind, sowie die lange Zeitspanne zwischen dem Datenleck und der Unterrichtung und Entschädigung der betroffenen Personen; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisdaten, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakte, Ansprüche auf Leistungen, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen betraf, die bis zu zehn Jahre zurückreichen; begrüßt das vom Generalsekretär im Einklang mit der Sorgfaltspflicht des Parlaments eingeführte Erstattungssystem zur Deckung der Kosten für den Austausch der Personalausweise und/oder Reisepässe der betroffenen Nutzer der Anwendung PEOPLE, wobei bisher 51 874 EUR gezahlt wurden; ***weist jedoch darauf hin***, dass die Kosten für die Reise in das Herkunftsland zur Erledigung dieser Verwaltungsformalitäten nicht übernommen wurden; ***fordert*** die Verwaltung ***auf,*** der Entlastungsbehörde ***eine*** klare Analyse der Gründe für das Datenleck ***vorzulegen*** und ***mitzuteilen***, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um das betroffene System wiederherzustellen bzw. um zu verhindern, dass sich erneut eine ähnliche Datenpanne ereignet;

Or. en

Änderungsantrag 108
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. fordert, dass der Entlastungsbehörde ein unabhängiger schriftlicher Bericht über den Vorfall

	übermittelt wird, der Folgendes umfasst: i) einen detaillierten Zeitplan vom Angriff über die Erkennung bis zur Meldung; ii) eine Ursachenanalyse; iii) Korrektur- und Vorbeugungsmaßnahmen; iv) eine Risikobewertung für betroffene Personen; v) gewonnene Erkenntnisse für die Beschaffung und Steuerung externer/eigenständiger Anwendungen im Personalbereich; nimmt die öffentlich geäußerten Bedenken hinsichtlich des Umgangs mit dem Verstoß zur Kenntnis und betont, dass der geltende Datenschutzrahmen nachweisbar eingehalten werden muss und eine wirksame Zusammenarbeit mit der zuständigen Aufsichtsbehörde erforderlich ist;

Or. en

Änderungsantrag 109
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. stellt fest, dass sich die GD PERS im Jahr 2024 für die Umsetzung der Fahrpläne für Gleichstellung und Vielfalt eingesetzt und Schulungen für alle Bediensteten zu Vielfalt und Inklusion ausgearbeitet hat; begrüßt, dass das Referat Gleichheit, Inklusion und Vielfalt (EIDU) der GD PERS sein internes Verfahren für angemessene Vorkehrungen 2024 gestrafft hat, wodurch Gleichheit, Inklusion und Vielfalt gefördert werden, und außerdem das Referat Lernen und Entwicklung hinsichtlich angemessener Vorkehrungen für Schulungen beraten hat; begrüßt, dass das Referat ferner 20 Schulungen und Veranstaltungen zur Sensibilisierung mit 2334 Teilnehmern durchgeführt hat,	***entfällt***

darunter einen neuen Kurs zu Vielfalt und Inklusion für alle Bediensteten, und Veranstaltungen zu den Themen Gleichstellung der Geschlechter, Behinderung und Inklusion von LGBTQI+-Personen ausgerichtet hat;

Or. en

Änderungsantrag 110
Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. bedauert, dass eine Ausnahme von der Geschäftsordnung des Parlaments (Artikel 219) gewährt wurde, in der die Gleichstellung der Geschlechter bei der Zusammensetzung der Ausschussvorstände vorgesehen ist; betont, dass die Verweigerung des Zugangs zu Ämtern, für die gewählte oder ernannte Frauen die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, nicht durch Diskriminierung aufgrund politischer Erwägungen, insbesondere durch die Anwendung von Sicherheitsgürteln („cordons sanitaires“) oder Ausschlussvereinbarungen zwischen Fraktionen, gerechtfertigt werden kann; bedauert, dass Änderungsanträge zu diesen Fakten oder zur Sicherheit von Frauen in Europa vor jeglicher Abstimmung abgelehnt wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 111
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe die Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern sollen, und fordert das Organ auf, die Gender- und Woke-Ideologie nicht zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen und den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 112
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. begrüßt, dass ein gemeinsamer interinstitutioneller Beschluss über eine Wohnzulage für in Luxemburg lebende Bedienstete niedriger Besoldungsgruppen erlassen wurde; erachtet diese Zulage als erforderliches Instrument, um Bedienstete in niedrigeren Besoldungsgruppen dabei zu unterstützen, die unverhältnismäßig hohen Wohnkosten auszugleichen, sowie als erforderliches Mittel, um Luxemburg als Arbeitsort des Parlaments attraktiver zu machen;	55. begrüßt, dass ein gemeinsamer interinstitutioneller Beschluss über eine Wohnzulage für in Luxemburg lebende Bedienstete niedriger Besoldungsgruppen erlassen wurde***; weist darauf hin, dass es sich um eine temporäre Lösung handelt, und fordert langfristige Vorhersehbarkeit für die betroffenen Bediensteten***; erachtet diese Zulage als erforderliches Instrument, um Bedienstete in niedrigeren Besoldungsgruppen dabei zu unterstützen, die unverhältnismäßig hohen Wohnkosten auszugleichen, sowie als erforderliches Mittel, um Luxemburg als Arbeitsort des Parlaments attraktiver zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 113
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. verweist auf die das ganze Parlament umfassende Kampagne zur Bekämpfung von Belästigung, „Gemeinsam gegen Belästigung“, die am 22. Oktober 2024 ins Leben gerufen wurde und zu einem sicheren Arbeitsumfeld beiträgt; begrüßt, dass zusätzlich zu der Informationskampagne die Schulung „Respekt und Würde am Arbeitsplatz – Prävention von Konflikten, Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“ für die Mitglieder verpflichtend war und von den Mitgliedern im ersten Jahr der Wahlperiode besucht wurde;	56. verweist auf die das ganze Parlament umfassende Kampagne zur Bekämpfung von Belästigung, „Gemeinsam gegen Belästigung“, die am 22. Oktober 2024 ins Leben gerufen wurde und zu einem sicheren Arbeitsumfeld beiträgt; begrüßt, dass zusätzlich zu der Informationskampagne die Schulung „Respekt und Würde am Arbeitsplatz – Prävention von Konflikten, Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“ für die Mitglieder verpflichtend war und von den Mitgliedern im ersten Jahr der Wahlperiode besucht wurde; ***betont, dass die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bewertet werden sollte, um festzustellen, ob die Probleme, die mit ihnen angegangen werden sollen, erfolgreich eingedämmt wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 114
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. begrüßt, dass den Bediensteten die Möglichkeit eingeräumt wurde, ***fünf Tage pro Jahr*** Telearbeit aus dem Ausland zu leisten; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen;	57. begrüßt, dass den Bediensteten die Möglichkeit eingeräumt wurde, Telearbeit aus dem Ausland zu leisten***, auch wenn dies lediglich an fünf Tagen pro Jahr möglich ist, während die anderen EU-Organe diesbezüglich durchschnittlich 15 Tage pro Jahr gewähren***; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen; ***weist erneut auf***

die Bedeutung eines echten sozialen Dialogs mit der Personalvertretung über entscheidende Fragen im Zusammenhang mit der neuen Arbeitsweise hin;

Or. en

Änderungsantrag 115
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. weist erneut darauf hin, dass das Parlament die Kommission in seiner Entschließung vom 18. April 2018 aufgefordert hat, „ihr Verwaltungsverfahren zur Ernennung hoher Beamter zu überarbeiten, um sicherzustellen, dass die besten Bewerber im Rahmen größtmöglicher Transparenz und Chancengleichheit ausgewählt werden, und dadurch auch mit gutem Beispiel für die anderen EU-Organe voranzugehen“; ist der Ansicht, dass das Parlament bei Ernennungsverfahren stets den höchsten Standards im Hinblick auf Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine gute Verwaltungspraxis gerecht werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 116
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. fordert das Europäische Parlament auf, den Einsatz seiner

Humanressourcen zu optimieren, unter anderem durch die Umsetzung geeigneter laufender Schulungsmaßnahmen, die darauf abzielen, die Wirksamkeit und Effizienz der internen Dienste zu verbessern und insbesondere die Unterstützung für Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrolltätigkeiten, die die Kernfunktion des Europäischen Parlaments darstellen, zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 117
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. begrüßt, dass dem Personal die Möglichkeit eingeräumt wurde, fünf Tage pro Jahr Telearbeit aus dem Ausland zu leisten; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen; spricht sich für eine regelmäßige Überprüfung der Regelungen über Telearbeit aus, wobei der Schwerpunkt auf mehr Flexibilität und Möglichkeiten für Telearbeit liegen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 118
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. fordert die Verwaltung

nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass der Ärztliche Dienst den Bediensteten mindestens alle vier Monate Erste-Hilfe-Schulungen sowohl für Anfänger als auch für Fortgeschrittene anbietet, und fordert das Parlament auf, die Erste-Hilfe-Schulung zu einem freiwilligen Bestandteil des Einarbeitungsprogramms für neue Bedienstete zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 119
Michal Wiezik, Vlad Vasile-Voiculescu

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. fordert, dass die Regelung für Überstunden Ausgleichsmechanismen wie die Gewährung von zusätzlichem Urlaub umfasst, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für alle Bediensteten des Parlaments zu fördern, wobei der besonderen Art ihrer Arbeitsbelastung Rechnung zu tragen ist;

Or. en

Änderungsantrag 120
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57b. fordert die Parlamentsverwaltung auf, die Durchführbarkeit der Aufnahme einer Kündigungsfrist in die APA-Verträge für den Fall des unerwarteten Ausscheidens eines Mitglieds, sei es freiwillig oder unfreiwillig, zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 121
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57b. fordert ein ausnahmsloses Verbot von Reisen von Mitgliedern, die von Drittstaaten oder drittstaatlichen Einrichtungen finanziert werden; ist der Auffassung, dass ähnliche Regeln für Reisen von akkreditierten parlamentarischen Assistenten oder Fraktionsbediensteten erlassen werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 122
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 57 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57c. fordert das Präsidium und die Parlamentsverwaltung auf, den APA-Ausschuss in Bezug auf Überarbeitungen und Reformen, die sich direkt auf die Rechte von APA auswirken, regelmäßig und förmlich anzuhören; weist darauf hin, dass der APA-Ausschuss gemäß Artikel 35 der Durchführungsbestimmungen zu Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union als Gesprächspartner der zuständigen Stellen des Parlaments fungiert; fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der

geltenden Vorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 123
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 57 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57d. betont, dass hochwertige Kinderbetreuungsdienste für die Mitglieder und das Personal zu den zentralen Maßnahmen einer wirksamen Umsetzung der Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gehören; weist darauf hin, dass die Qualität der von der Kinderbetreuungseinrichtung Brüssel-Wayenberg für Kinder im Vorschulalter erbrachten Dienstleistungen aufgrund des häufigen Wechsels des Anbieters seit 2020 gelitten hat; fordert in diesem Zusammenhang, eine parlamentsinterne vorschulische Kinderbetreuung und die Notwendigkeit der Einführung hochwertiger Standards in Erwägung zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 124
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 58 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	58a. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, eine jährliche, umfassende und transparente Berichterstattung vorzulegen, die nach den drei Arbeitsorten (Brüssel, Straßburg

und Luxemburg) aufgeschlüsselt ist und eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten für Gebäudearbeiten, Reisevorkehrungen, Ausrüstung, Personaleinsatz und andere damit verbundene Ausgaben enthält; fordert, dass diese Informationen im jährlichen Bericht über die Haushaltsführung und das Finanzmanagement öffentlich zugänglich gemacht werden, um die uneingeschränkte Rechenschaftspflicht gegenüber den Steuerzahlern in der Union sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 125
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 58 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	58a. missbilligt, dass in zunehmendem Maße langfristige Akquisitionen getätigt und langfristige Nießbrauchverträge abgeschlossen werden, durch die das Parlament für mehrere Jahrzehnte gebunden ist, ohne dass systematisch detaillierte Vergleichsanalysen zwischen Kauf, Miete, Nießbrauch und Optimierung des bestehenden Bestands vorgelegt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 126
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 58 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	58b. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, aktiv Kosteneinsparungsmaßnahmen zu ermitteln und umzusetzen, unter anderem durch den verstärkten Einsatz hybrider Sitzungstechnologien, die Optimierung der Gebäudenutzung, die Konsolidierung der parlamentarischen Tätigkeiten und die Verringerung unnötiger logistischer Ausgaben; fordert regelmäßige Fortschrittsberichte über die durchgeführten Maßnahmen und die erzielten Einsparungen;

Or. en

Änderungsantrag 127
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD INLO im Jahr 2024 auf 258 638 966 EUR beliefen, was 10,9 % des Haushalts des Parlaments entspricht; betont, dass von diesem Betrag insgesamt 256 935 431 EUR gebunden wurden; ***begrüßt*** die hohe Ausschöpfung der Mittel;	59. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD INLO im Jahr 2024 auf 258 638 966 EUR beliefen, was 10,9 % des Haushalts des Parlaments entspricht; betont, dass von diesem Betrag insgesamt 256 935 431 EUR gebunden wurden; ***nimmt*** die hohe Ausschöpfung der Mittel ***zur Kenntnis***;

Or. en

Änderungsantrag 128
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. fordert die Verwaltung auf, die Qualität, die Preise und das Spektrum der

im Parlament angebotenen Cateringdienste weiter zu bewerten, um sicherzustellen, dass bei den Vergabekriterien ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Preis- und Qualitätserwägungen besteht; fordert die GD INLO auf, Optionen zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Anbietern von Cateringdiensten zu prüfen, um die Dienstleistungsstandards, die Auswahl und die Kosteneffizienz zu verbessern, insbesondere im Zusammenhang mit offiziellen Veranstaltungen und Besucherdiensten;

Or. en

Änderungsantrag 129
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. fordert den Rechnungshof und die Verwaltung des Parlaments auf, eine umfassende Analyse aller Kosten im Zusammenhang mit Straßburg durchzuführen, einschließlich der Gebäudeinstandhaltung, gecharterter Züge, zusätzlicher Logistik- und Betriebskosten; fordert, dass im Rahmen dieser Analyse potenzielle Einsparungen ermittelt werden, die innerhalb des derzeitigen Vertragsrahmens durch die Optimierung des Betriebs und den verstärkten Einsatz von Technologien für die Fernteilnahme erzielt werden können, sowie potenzielle Einsparungen in alternativen Szenarien; fordert, dass konkrete Etappenziele und ein Aktionsplan festgelegt werden, um die ermittelten Kostensenkungen zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 130
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 59 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59b. stellt fest, dass die Aussetzung der Tagungen in Straßburg während der COVID-19-Pandemie nach Angaben des Generalsekretariats des Parlaments zu Gesamteinsparungen in Höhe von 26 260 608 EUR beigetragen hat; hebt hervor, dass durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel nach Schätzungen des Rechnungshofs von 2014 Einsparungen von jährlich 114 Mio. EUR sowie eine einmalige Einsparung in Höhe von 616 Mio. EUR erzielt werden könnten, wenn die Gebäude in Straßburg erfolgreich veräußert werden, bzw. einmalige Kosten in Höhe von 40 Mio. EUR entstünden, wenn der Verkauf nicht gelänge[1a]; ist der Ansicht, dass die Beibehaltung des Sitzes in Straßburg unverantwortlich ist;
	1a https://www.eca.europa.eu/other%20publications/pl1407_letter/pl1407_letter_de.pdf
	Or. en

Änderungsantrag 131
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 59 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59c. erinnert daran, dass sich das Parlament mit großer Mehrheit für die

Einrichtung eines einzigen Sitzes ausgesprochen hat, um sicherzustellen, dass das Geld der Steuerzahler in der Union effizient ausgegeben wird; fordert daher die Einrichtung eines einzigen Sitzes für das Europäische Parlament; fordert den Rat auf, den Standpunkt des Parlaments zu berücksichtigen und dringend zu handeln;

Or. en

Änderungsantrag 132
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. weist darauf hin, dass in den Verträgen der offizielle Sitz des Parlaments in Straßburg festgelegt ist; bedauert, dass dies nicht effektiv ist, da dies in erheblichen Bau-, Akquisitions- und Instandhaltungskosten an den verschiedenen Standorten und Städten sowie in Kosten für den Transfer von Material zwischen den Büros in Brüssel und Straßburg während der Plenartagungen resultiert, anstatt eine effiziente Verwendung des EU-Haushalts sicherzustellen und die Verschwendung von Geldern der europäischen Steuerzahlenden zu vermeiden;

Or. fr

Änderungsantrag 133
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. begrüßt, dass die Verwaltung im Jahr 2024 die Gebäudestrategie des Parlaments für die Zeit nach 2019 umgesetzt und deren wichtigste Ziele erreicht hat; stellt fest, dass sich die GD INLO nach Jahren der Expansion aufgrund der Ausweitung der institutionellen Befugnisse des Parlaments nun auf die Konsolidierung des Gebäudebestands des Parlaments und auf die Renovierung der bestehenden Räumlichkeiten konzentriert; begrüßt, dass sich die GD INLO dafür einsetzt, die Rolle des Parlaments in den Städten Straßburg, Brüssel und Luxemburg weiter auszubauen, indem Vorhaben von gemeinsamem Interesse gefördert und die Standorte an die umliegenden Regionen angebunden werden;	60. begrüßt, dass die Verwaltung im Jahr 2024 die Gebäudestrategie des Parlaments für die Zeit nach 2019 umgesetzt und deren wichtigste Ziele erreicht hat; stellt ***zufrieden*** fest, dass sich die GD INLO nach Jahren der Expansion aufgrund der Ausweitung der institutionellen Befugnisse des Parlaments nun auf die Konsolidierung des Gebäudebestands des Parlaments und auf die Renovierung der bestehenden Räumlichkeiten konzentriert***, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und die Mobilität der Mitglieder und Bediensteten berücksichtigt werden; begrüßt die Tatsache, dass keine neuen Bauprojekte geplant sind und dass die Strategie sich nunmehr auf Konsolidierung und Renovierung konzentriert***; begrüßt, dass sich die GD INLO dafür einsetzt, die Rolle des Parlaments in den Städten Straßburg, Brüssel und Luxemburg weiter auszubauen, indem Vorhaben von gemeinsamem Interesse gefördert und die Standorte an die umliegenden Regionen angebunden werden;
	Or. en

Änderungsantrag 134
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. weist darauf hin, dass große Bauvorhaben komplexe Verhandlungen und eine erhebliche rechtliche Kontrolle erfordern; fordert das Parlament auf, für eine strukturierte Ex-post-Berichterstattung an die Entlastungsbehörde über solche Projekte

zu sorgen, einschließlich Verhandlungsprozessen, Risikominderungsmaßnahmen und rechtlichen Bewertungen, um die Transparenz und das institutionelle Lernen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 135
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 60 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60b. betont, dass die Glaubwürdigkeit des EP von einer beispielhaften Gebäudeverwaltung abhängt; fordert mehr Transparenz bei der Steuerung von Immobilienprojekten, detailliertere Informationen über wichtige Investitionsentscheidungen und eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung, einschließlich regelmäßiger Berichte über Kostenüberschreitungen, Verzögerungen und finanzielle Risiken;

Or. fr

Änderungsantrag 136
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 60 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60b. fordert das Parlament auf, die durchgängige Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt bei Gebäudemanagement- und

Renovierungsprojekten zu stärken, einschließlich der Lebenszykluskosten und der CO_2-Bewertung, der Anforderungen an die Kreislauffähigkeit von Materialien und strenger Richtwerte für die Energieeffizienz; fordert eine transparente Berichterstattung an die Entlastungsbehörde über messbare Verringerungen des Energieverbrauchs und der Emissionen im Zusammenhang mit dem Gebäudebestand und der Logistik des Parlaments, einschließlich klarer Verweise auf Beschaffungsentscheidungen und die Vertragserfüllung;

Or. en

Änderungsantrag 137
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. stellt besorgt fest, dass es im Parlament nach wie vor nicht ausreichend Sitzungs- und Seminarräume gibt, wodurch es immer schwieriger wird, Räume zu buchen, und sehr weit im Voraus geplant werden muss; bedauert, dass durch diese Situation die effiziente Organisation der parlamentarischen Tätigkeit beeinträchtigt wird und die Mitglieder und Bediensteten in ihrer Flexibilität eingeschränkt sind; ***äußert sich besorgt darüber, dass*** die bevorstehende Renovierung des SPAAK-Gebäudes ***zwar notwendig ist, die bestehende Raumknappheit jedoch noch weiter verschärfen wird***; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Renovierung abzumildern und sicherzustellen, dass ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen, um den operativen Bedarf des	61. stellt besorgt fest, dass es im Parlament nach wie vor nicht ausreichend Sitzungs- und Seminarräume gibt, wodurch es immer schwieriger wird, Räume zu buchen, und sehr weit im Voraus geplant werden muss; bedauert, dass durch diese Situation die effiziente Organisation der parlamentarischen Tätigkeit beeinträchtigt wird und die Mitglieder und Bediensteten in ihrer Flexibilität eingeschränkt sind; ***nimmt*** die bevorstehende Renovierung des SPAAK-Gebäudes ***zur Kenntnis, die im Einklang mit den Anforderungen der Union an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden steht***; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Renovierung abzumildern und sicherzustellen, dass ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen, um den operativen Bedarf des Parlaments zu

Parlaments zu decken;	decken;

Or. en

Änderungsantrag 138
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. nimmt die Bauvorhaben im Jahr 2024 zur Kenntnis, insbesondere die Fertigstellung des Westflügels des ADENAUER-II-Gebäudes in Luxemburg, sodass sich nun alle Bediensteten und Dienste des Parlaments unter einem Dach befinden; stellt fest, dass der neue Sicherheits- und Besucherempfangspavillon im WEISS-Gebäude in Straßburg rechtzeitig zum Beginn der neuen Wahlperiode im Juli 2024 fertiggestellt wurde; nimmt den Kauf des Gebäudes TRÈVES II in Brüssel zur Kenntnis, wodurch der Gebäudebestand des Parlaments im Europaviertel von Brüssel weiter konsolidiert wird;	62. nimmt die Bauvorhaben im Jahr 2024 zur Kenntnis, insbesondere die Fertigstellung des Westflügels des ADENAUER-II-Gebäudes in Luxemburg, sodass sich nun alle Bediensteten und Dienste des Parlaments unter einem Dach befinden; stellt fest, dass der neue Sicherheits- und Besucherempfangspavillon im WEISS-Gebäude in Straßburg rechtzeitig zum Beginn der neuen Wahlperiode im Juli 2024 fertiggestellt wurde; nimmt den Kauf des Gebäudes TRÈVES II in Brüssel zur Kenntnis, wodurch der Gebäudebestand des Parlaments im Europaviertel von Brüssel weiter konsolidiert wird; ***fordert, dass ein aktualisierter Zeitplan für die Anbindung der Gebäude TRÈVES I und TRÈVES II an die wichtigsten zentralen Gebäude in Brüssel vorgelegt wird; fordert die Verwaltung auf, die Entlastungsbehörde über die anstehenden Schritte auf dem Laufenden zu halten: fordert, dass einige strukturelle Probleme angegangen werden, die im Gebäude TRÈVES I noch offen sind, etwa das instabile Heizungssystem, der Mangel an Klimaanlagen und Toiletten für Personen mit eingeschränkter Mobilität, die schlechte Schalldämmung sowie das Abwasserproblem; weist erneut darauf hin, dass das Gebäude an die neuesten Energie- und Umweltnormen angepasst werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 139
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Sanierung des SPAAK-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; begrüßt, dass das Vorhaben der Sanierung des SPAAK-Gebäudes als Maßstab für nachhaltige Bautechniken für andere Bauvorhaben dienen wird; stellt fest, dass die GD INLO bei den Vorbereitungsarbeiten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fortschritte erzielt hat, da im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Technikraum der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen (GD LINC), der Umgestaltung der Druckerei, dem Umzug der Kabinette und dem Medien- und Pressebereich Studien in Auftrag gegeben wurden;	63. erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Sanierung des SPAAK-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; begrüßt, dass das Vorhaben der Sanierung des SPAAK-Gebäudes als Maßstab für nachhaltige Bautechniken für andere Bauvorhaben dienen wird; stellt fest, dass die GD INLO bei den Vorbereitungsarbeiten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fortschritte erzielt hat, da im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Technikraum der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen (GD LINC), der Umgestaltung der Druckerei, dem Umzug der Kabinette und dem Medien- und Pressebereich Studien in Auftrag gegeben wurden; ***bedauert die inkohärente und kostspielige Gebäudestrategie des Parlaments seit 2019 und missbilligt die unvollständige und nur ungefähre anfängliche Kostenberechnung für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes (als Ausweichgebäude zur vorübergehenden Nutzung durch das Personal während der Dauer der Arbeiten) sowie die zusätzliche Mittelzuweisung in Höhe von 4,1 Mio. EUR für Arbeiten am WEISS-Gebäude in Straßburg;***

Or. fr

Änderungsantrag 140
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. ***erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Sanierung des SPAAK-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; begrüßt, dass das Vorhaben der Sanierung des SPAAK-Gebäudes als Maßstab für nachhaltige Bautechniken für andere Bauvorhaben dienen wird***; ***stellt fest, dass die GD INLO bei den Vorbereitungsarbeiten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fortschritte erzielt hat, da im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Technikraum der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen (GD LINC), der Umgestaltung der Druckerei, dem Umzug der Kabinette und dem Medien- und Pressebereich Studien in Auftrag gegeben wurden***;	63. ***spricht sich entschieden gegen die Sanierungsarbeiten am SPAAK-Gebäude in Brüssel aus, deren Kosten 450 Mio. EUR übersteigen***; ***weist erneut darauf hin, dass der Sitz des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 341 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und dem Protokoll Nr. 6 in Straßburg ist***;

Or. fr

Änderungsantrag 141
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die	63. erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die

nächsten Schritte für die Sanierung des SPAAK-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte***; begrüßt, dass das Vorhaben der Sanierung des SPAAK-Gebäudes als Maßstab für nachhaltige Bautechniken für andere Bauvorhaben dienen wird***; stellt fest, dass die GD INLO bei den Vorbereitungsarbeiten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fortschritte erzielt hat, da im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Technikraum der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen (GD LINC), der Umgestaltung der Druckerei, dem Umzug der Kabinette und dem Medien- und Pressebereich Studien in Auftrag gegeben wurden;

nächsten Schritte für die Sanierung des SPAAK-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; stellt fest, dass die GD INLO bei den Vorbereitungsarbeiten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fortschritte erzielt hat, da im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Technikraum der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen (GD LINC), der Umgestaltung der Druckerei, dem Umzug der Kabinette und dem Medien- und Pressebereich Studien in Auftrag gegeben wurden;

Or. en

Änderungsantrag 142
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63a. betont, dass die Zahl der Projekte zum Bau, zur Renovierung und zum Erwerb von Gebäuden an den drei Arbeitsorten zugenommen hat; weist dabei insbesondere auf die Gebäude HAVEL, ADENAUER, CAMPOAMOR, MARTENS, TRÈVES II, VEIL sowie das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes hin; bedauert, dass ein vollständig transparenter Gesamtüberblick über die kumulierten Kosten, einschließlich der indirekten Kosten im Zusammenhang mit Wartung, Sicherheit, Betrieb und vorübergehenden

Umsiedlungen, fehlt;

Or. fr

Änderungsantrag 143
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 63 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63b. stellt mit Besorgnis fest, dass die umfassende Renovierung des SPAAK-Gebäudes in Verbindung mit dem Ende des KOHL-Pachtvertrags und dem Abschluss eines 18-jährigen Nießbrauchvertrags für das MONTERRA-Gebäude vor dem Hintergrund anhaltender finanzieller Zwänge Fragen hinsichtlich der langfristigen Planung, der zunehmenden Abhängigkeit von kostspieligen Übergangslösungen und der finanziellen Tragfähigkeit dieser Immobilienoptionen aufwirft;

Or. fr

Änderungsantrag 144
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63a. nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2026 4 Mio. EUR für Studien und die Vorbereitungsarbeiten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Renovierung des SPAAK-Gebäudes enthalten sind, während die Gesamtkosten auf 36 Mio. EUR veranschlagt werden;

	stellt daher fest, dass 32 Mio. EUR an Kosten im Zusammenhang mit der Renovierung des SPAAK-Gebäudes nicht im Voranschlag für 2026 enthalten sind; stellt fest, dass der Generalsekretär beabsichtigt, diese Kosten durch eine Sammelmittelübertragung oder die Inanspruchnahme eines Darlehens zu decken; fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltskontrollausschuss so bald wie möglich detaillierte Informationen über ein mögliches Darlehen zur Deckung dieser Kosten vorzulegen; stellt fest, dass sich die direkten Kosten des SPAAK-Projekts mit Stand Dezember 2024 auf 14,12 Mio. EUR belaufen; ist der Ansicht, dass die Entwicklung der Kosten für die Renovierung des SPAAK-Gebäudes genau und sorgfältig überwacht werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 145
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. stellt fest, dass die GD INLO ein Konzept zur Optimierung der Büroflächen erarbeitet mit dem Ziel, die derzeitigen Büros so zu nutzen, dass das Potenzial der Bediensteten des Parlaments voll ausgeschöpft wird und sie innerhalb des Parlaments sozial engagiert bleiben; stellt fest, dass bei diesem Konzept die Gebäude MARTENS, TRÈVES II und ARENDT in Brüssel als Inspiration dienen, wobei der Schwerpunkt auf einem „tätigkeitsbezogenen Arbeitsplatz“ liegt, der auch Begegnungsbereiche für Treffen, informelle Zusammenkünfte und Gespräche vorsieht; stellt fest, dass auch für das KOHL-Gebäude ein allgemeines	64. stellt fest, dass die GD INLO ein Konzept zur Optimierung der Büroflächen erarbeitet mit dem Ziel, die derzeitigen Büros so zu nutzen, dass das Potenzial der Bediensteten des Parlaments voll ausgeschöpft wird und sie innerhalb des Parlaments sozial engagiert bleiben; stellt fest, dass bei diesem Konzept die Gebäude MARTENS, TRÈVES II und ARENDT in Brüssel als Inspiration dienen, wobei der Schwerpunkt auf einem „tätigkeitsbezogenen Arbeitsplatz“ liegt, der auch Begegnungsbereiche für Treffen, informelle Zusammenkünfte und Gespräche vorsieht; stellt fest, dass auch für das KOHL-Gebäude ein allgemeines

Konzept geprüft wurde, wobei die baulichen Einschränkungen dieses Gebäudes und das begrenzte Budget berücksichtigt wurden; fordert die GD INLO auf, bei der Entwicklung dieses Konzepts die Perspektiven der Nutzer in den Mittelpunkt zu stellen und der Umsetzung dieses Konzepts in Gebäuden Vorrang einzuräumen, in denen eine Optimierung am dringendsten erforderlich ist;	Konzept geprüft wurde, wobei die baulichen Einschränkungen dieses Gebäudes und das begrenzte Budget berücksichtigt wurden; fordert die GD INLO auf, bei der Entwicklung dieses Konzepts die Perspektiven der Nutzer in den Mittelpunkt zu stellen und der Umsetzung dieses Konzepts in Gebäuden Vorrang einzuräumen, in denen eine Optimierung am dringendsten erforderlich ist***, wobei stets die Vertreter der Bediensteten zu konsultieren sind***;

Or. en

Änderungsantrag 146
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64a. fordert nachdrücklich, dass in allen Stockwerken und an anderen Orten in den Gebäuden des Parlaments Defibrillatoren installiert werden, sodass ein Patient innerhalb von fünf Minuten erreicht werden kann, um den Zugang des Personals zu Gesundheit und Sicherheit zu verbessern, und dass diese Defibrillatoren regelmäßig überprüft werden, um ihr ordnungsgemäßes Funktionieren sicherzustellen; fordert die GD INLO ferner auf, sich mit der GD PERS abzustimmen, um dem Personal regelmäßige Schulungen zur Verwendung von Defibrillatoren anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 147
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64a. merkt an, dass im Jahr 2024 ein großer Anteil der verfügbaren Sitzplätze in den für den Pendelverkehr zwischen Brüssel und Straßburg anlässlich der Plenartagungen eingesetzten Fahrzeugen unbesetzt blieb; bekräftigt seine an die Verwaltung des Parlaments gerichtete Forderung, die diesbezügliche Zielgruppe zu erweitern und Bediensteten des Parlaments zu gestatten, auch ohne ein Mitglied von und nach Straßburg zu reisen, wobei sicherzustellen ist, dass Mitglieder stets einen Sitzplatz bekommen;

Or. en

Änderungsantrag 148
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 64 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64b. spricht sich für eine häufigere Reinigung der Lüftungsöffnungen der Heizungen im Spinelli-Gebäude aus, um die Ansammlung von Staub und Schimmel in den Büros zu verhindern und die Gesundheit der Bediensteten am Arbeitsplatz zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 149
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 64 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64b. weist auf das hohe Niveau und die Streuung der Ausgaben unter der Haushaltslinie 2026 „Sicherheit und Bewachung der Gebäude“ hin, die sich 2024 allein für die allgemeinen Sicherheits- und Brandbekämpfungsdienste an den drei Standorten des Parlaments auf 14,95 Mio. EUR beliefen; ist insbesondere besorgt angesichts der kumulierten Kosten im Zusammenhang mit der Sicherheit und Überwachung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ und der Verbindungsbüros des Parlaments, die erhebliche und steigende Beträge darstellen, ohne dass systematisch eine konsolidierte Bewertung ihrer Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und ihres Mehrwerts vorgelegt wird;

Or. fr

Änderungsantrag 150
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 64 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64c. betont, dass die Finanzierung von Kommunikationseinrichtungen der Organe und Einrichtungen der EU, wie der Ausstellungen „Erlebnis Europa“, in denen die Arbeitsweise des Parlaments vorgestellt wird, keine Haushaltspriorität darstellen darf; ist der Ansicht, dass die entsprechenden Mittel für politische Maßnahmen umgeschichtet werden sollten, die den Bürgerinnen und Bürgern der Union einen konkreten Nutzen bringen;

Or. fr

Änderungsantrag 151
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 64 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64c. fordert das Fitnessstudio auf, mehr Kurse anzubieten, die das körperliche und geistige Wohlbefinden, die Stabilität und das Gleichgewicht fördern, wie Yoga, Tai-Chi, Pilates, Faszientraining usw., um ein breiteres Spektrum von Bediensteten zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 152
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 64 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64d. weist darauf hin, dass sich das Parlament auf seine legislativen Aufgaben und Haushaltsbefugnisse konzentrieren muss; ist der Ansicht, dass die Aufrechterhaltung eines umfassenden Netzes von Verbindungsbüros in den Mitgliedstaaten unverhältnismäßige Ausgaben mit begrenzter Wirksamkeit mit sich bringt; betont, dass das Parlament mit gutem Beispiel vorangehen sollte, indem es nicht unbedingt notwendige Verwaltungsausgaben reduziert;

Or. fr

Änderungsantrag 153
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64a. stellt besorgt fest, dass im Jahr 2024 65 Fälle von Diebstahl in den Räumlichkeiten des Parlaments bei der GD SAFE gemeldet wurden, was zu einem eindeutigen finanziellen Schaden für den Haushalt des Organs geführt hat, und stellt die Wirksamkeit der bestehenden Sicherheits- und Überwachungssysteme im Hinblick auf die erheblichen Beträge, die für diese Dienste ausgegeben wurden, in Frage; fordert, dass Abhilfemaßnahmen ergriffen werden, um das Wiederauftreten solcher Vorfälle zu verringern, die Diebstahlprävention zu verbessern und eine bessere Abstimmung zwischen den getätigten Sicherheitsausgaben und den tatsächlich erzielten Ergebnissen sicherzustellen;

Or. fr

Änderungsantrag 154
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 68 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68a. weist darauf hin, dass die Regeln und die bewährte Praxis der Haushaltsführung und Transparenz auch für die Verwaltung des Parlaments gelten; fordert in diesem Zusammenhang, dass alle Dienstreisekosten des Verwaltungspersonals (Reisen innerhalb und außerhalb der EU, Zweck jeder Reise und Eigenschaft der Teilnehmenden), die sich im Jahr 2024 auf mehr als 732 000 EUR beliefen, beleuchtet werden,

	um insbesondere der Entlastungsbehörde einen umfassenden Überblick über die Verwendung der EU-Mittel zu geben, damit sie eine fundierte Entscheidung treffen kann;

Or. fr

Änderungsantrag 155
Michal Wiezik, Vlad Vasile-Voiculescu

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Ausgaben der Mitglieder festlegt; erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle (auf der Grundlage von Stichproben) notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung im Falle eines erhöhten Risikos vorschriftswidriger Ausgaben eines Mitglieds ihr Recht ausüben kann, die betreffenden Mittel zu überprüfen;	69. empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Ausgaben der Mitglieder festlegt; erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle (auf der Grundlage von Stichproben) notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung im Falle eines erhöhten Risikos vorschriftswidriger Ausgaben eines Mitglieds ihr Recht ausüben kann, die betreffenden Mittel zu überprüfen; ***betont, dass solche Kontrollen zwar notwendig sind und begrüßt werden, ihre Wirksamkeit jedoch davon abhängt, dass rechtzeitig zusätzliche Überprüfungen durchgeführt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 156
Kinga Kollár

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. empfiehlt, dass die GD FINS einen	69. empfiehlt, dass die GD FINS einen

risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Ausgaben der Mitglieder festlegt; erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle (auf der Grundlage von Stichproben) notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung im Falle eines erhöhten Risikos vorschriftswidriger Ausgaben eines Mitglieds ihr Recht ausüben kann, die betreffenden Mittel zu überprüfen;	risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Ausgaben ***und Vorgänge*** der Mitglieder ***im Einklang mit den Grundsätzen verantwortungsvoller Verwaltung, insbesondere in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftspflicht, Reaktionsfähigkeit und Gerechtigkeit,*** festlegt; erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle (auf der Grundlage von Stichproben) notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung im Falle eines erhöhten Risikos vorschriftswidriger Ausgaben eines Mitglieds ihr Recht ausüben kann, die betreffenden Mittel zu überprüfen;

Or. en

Änderungsantrag 157
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
70. erkennt an, dass es ein Problem ist, Mitarbeiter für die GD FINS zu finden, was auf den Mangel an Bewerbern auf den EPSO-Listen in den Bereichen Finanzen und IT sowie auf Schwierigkeiten zurückzuführen ist, Mitarbeiter für Luxemburg zu gewinnen, wo sich 45 % der Stellen der GD FINS befinden; stellt fest, dass es schwierig ist, Mitarbeiter für Luxemburg zu gewinnen, weil die Bezahlung auf dem lokalen Arbeitsmarkt genauso gut oder besser ist als im Parlament und die Lebenshaltungskosten hoch sind, insbesondere für Wohnen;	70. erkennt an, dass es ein Problem ist, Mitarbeiter für die GD FINS zu finden, was auf den Mangel an Bewerbern auf den EPSO-Listen in den Bereichen Finanzen und IT sowie auf Schwierigkeiten zurückzuführen ist, Mitarbeiter für Luxemburg zu gewinnen, wo sich 45 % der Stellen der GD FINS befinden; stellt fest, dass es schwierig ist, Mitarbeiter für Luxemburg zu gewinnen, weil die Bezahlung auf dem lokalen Arbeitsmarkt genauso gut oder besser ist als im Parlament und die Lebenshaltungskosten hoch sind, insbesondere für Wohnen; ***fordert die Verwaltung auf, die Verlegung von Mitarbeitern von Luxemburg nach Brüssel in Erwägung zu ziehen, wenn der Arbeitsmarkt bessere Bedingungen bietet;***

Or. en

Änderungsantrag 158
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. nimmt die vom Generaldirektor der GD FINS unterzeichnete Zuverlässigkeitserklärung zur Kenntnis; nimmt die Bemerkung in der Zuverlässigkeitserklärung zum Restfehlerrisiko oder zu Unregelmäßigkeiten bei der Erstattung bestimmter Reisekosten der Mitglieder, hauptsächlich bei Anträgen auf Erstattung für Fahrten mit dem Pkw, sowie zur Zahlung der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung zur Kenntnis***, weil die tatsächlich angefallenen Kosten nicht überprüft werden können, da keine Verpflichtung besteht, Nachweise für diese zur Erstattung geltend gemachten Kosten vorzulegen***; ***stellt fest, dass die finanziellen Auswirkungen dieses Restrisikos mehr als 9 Millionen EUR pro Jahr betragen könnten;*** nimmt die von der GD FINS vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen zur Kenntnis und fordert, dass sie rasch umgesetzt werden;	73. nimmt die vom Generaldirektor der GD FINS unterzeichnete Zuverlässigkeitserklärung zur Kenntnis; nimmt die Bemerkung in der Zuverlässigkeitserklärung zum Restfehlerrisiko oder zu Unregelmäßigkeiten bei der Erstattung bestimmter Reisekosten der Mitglieder, hauptsächlich bei Anträgen auf Erstattung für Fahrten mit dem Pkw, sowie zur Zahlung der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung zur Kenntnis; nimmt die von der GD FINS vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen zur Kenntnis und fordert, dass sie rasch umgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 159
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. nimmt die vom Generaldirektor der GD FINS unterzeichnete	73. nimmt die vom Generaldirektor der GD FINS unterzeichnete

Zuverlässigkeitserklärung zur Kenntnis; nimmt die Bemerkung in der Zuverlässigkeitserklärung zum Restfehlerrisiko oder zu Unregelmäßigkeiten bei der Erstattung bestimmter Reisekosten der Mitglieder, hauptsächlich bei Anträgen auf Erstattung für Fahrten mit dem Pkw, sowie zur Zahlung der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung zur Kenntnis, weil die tatsächlich angefallenen Kosten nicht überprüft werden können, da keine Verpflichtung besteht, Nachweise für diese zur Erstattung geltend gemachten Kosten vorzulegen; stellt fest, dass die finanziellen Auswirkungen dieses Restrisikos mehr als 9 Millionen EUR pro Jahr betragen könnten; nimmt die von der GD FINS vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen zur Kenntnis und fordert, dass ***sie*** rasch umgesetzt werden;	Zuverlässigkeitserklärung zur Kenntnis; nimmt die Bemerkung in der Zuverlässigkeitserklärung zum Restfehlerrisiko oder zu Unregelmäßigkeiten bei der Erstattung bestimmter Reisekosten der Mitglieder, hauptsächlich bei Anträgen auf Erstattung für Fahrten mit dem Pkw, sowie zur Zahlung der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung zur Kenntnis, weil die tatsächlich angefallenen Kosten nicht überprüft werden können, da keine Verpflichtung besteht, Nachweise für diese zur Erstattung geltend gemachten Kosten vorzulegen; stellt fest, dass die finanziellen Auswirkungen dieses Restrisikos mehr als 9 Millionen EUR pro Jahr betragen könnten; nimmt die von der GD FINS vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen zur Kenntnis und fordert, dass rasch ***Maßnahmen zur Risikominderung*** umgesetzt werden***, einschließlich faktengestützter Optionen für die Erstattung (z. B. dem Risiko entsprechende Anforderungen an Reisenachweise), einer verbesserten digitalen Rückverfolgbarkeit und einer Bewertung darüber, ob der derzeitige Rahmen strukturelle Anreize für überhöhte Forderungen bietet***; ***fordert einen Bericht an die Entlastungsbehörde über die finanziellen Auswirkungen und die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen;***
	Or. en

Änderungsantrag 160
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 73 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	73a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Erstattung der Reisekosten der Mitglieder

häufig mehr als drei Monate in Anspruch nimmt, wodurch ein unnötiger Liquiditätsdruck auf die Mitglieder und ihre Büros entsteht; betont, dass solche Verzögerungen die effiziente Ausübung der Mandate der Mitglieder untergraben; fordert die Verwaltung und die GD FINS auf, die Erstattungsverfahren erheblich zu beschleunigen, unter anderem durch eine weitere Digitalisierung, vereinfachte Überprüfungsverfahren und klarere interne Fristen, wobei die Anforderungen an die Finanzkontrolle uneingeschränkt einzuhalten sind;

Or. en

Änderungsantrag 161
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. begrüßt die verstärkte Arbeit an der „EP-Finanzakademie der GD FINS“, die neben dem bestehenden Angebot an Präsenz- und Hybridschulungen die Bereitstellung von zwölf Online-Videoschulungen umfasste; hebt hervor, dass es wichtig ist, dass Bedienstete in allen Bereichen des Parlaments in finanziellen Fragen geschult werden, begrüßt die Schulungen von Mitarbeitern der Fraktionen zum Thema Beschaffungswesen und fordert die GD FINS auf, die Fraktionen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verstärkt zu unterstützen, insbesondere angesichts der Feststellungen des Rechnungshofs; schlägt vor, dass die GD FINS eine Angleichung der Verfahren vornimmt, die die verschiedenen Fraktionen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens anwenden;	74. begrüßt die verstärkte Arbeit an der „EP-Finanzakademie der GD FINS“, die neben dem bestehenden Angebot an Präsenz- und Hybridschulungen die Bereitstellung von zwölf Online-Videoschulungen umfasste; hebt hervor, dass es wichtig ist, dass Bedienstete in allen Bereichen des Parlaments in finanziellen Fragen geschult werden, begrüßt die Schulungen von Mitarbeitern der Fraktionen zum Thema Beschaffungswesen und ***zu den Verwaltungsdiensten des Parlaments*** fordert die GD FINS auf, die Fraktionen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verstärkt zu unterstützen, insbesondere angesichts der Feststellungen des Rechnungshofs***, der Schwachstellen bei den Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe, insbesondere denen des Parlaments, festgestellt hat***; schlägt vor, dass die GD FINS eine Angleichung der

Verfahren vornimmt, die die verschiedenen Fraktionen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens anwenden;

Or. fr

Änderungsantrag 162
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. ***stellt fest***, dass ***die Mitglieder nicht verpflichtet sind***, die Verwendung der Mittel im Rahmen der allgemeinen Kostenvergütung zu belegen; betont, dass sie dies freiwillig im Einzelnen oder nach Art der Kosten eigenständig oder mit Unterstützung eines externen Prüfers tun können und dass sie diese Informationen gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments ganz oder teilweise auf ihrer Seite der Website des Europäischen Parlaments veröffentlichen lassen können; ***vertritt die Auffassung, dass ein Höchstmaß an Transparenz eine bewährte Praxis ist;*** begrüßt, dass eine vereinfachte Liste der Arten von Kosten in die Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut (DBAS) aufgenommen wird und dass auch eine Änderung angenommen wurde, mit der klargestellt wird, dass die Mitglieder die allgemeine Kostenvergütung nutzen können, wenn andere Vergütungen ausgeschöpft sind; stellt fest, dass alle Mitglieder über die Einzelheiten dieser Vergütung informiert wurden;	75. ***hebt hervor***, dass ***es den Mitgliedern freisteht***, die Verwendung der Mittel im Rahmen der allgemeinen Kostenvergütung zu belegen; betont, dass sie dies freiwillig im Einzelnen oder nach Art der Kosten eigenständig oder mit Unterstützung eines externen Prüfers tun können und dass sie diese Informationen gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments ganz oder teilweise auf ihrer Seite der Website des Europäischen Parlaments veröffentlichen lassen können; begrüßt, dass eine vereinfachte Liste der Arten von Kosten in die Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut (DBAS) aufgenommen wird und dass auch eine Änderung angenommen wurde, mit der klargestellt wird, dass die Mitglieder die allgemeine Kostenvergütung nutzen können, wenn andere Vergütungen ausgeschöpft sind; stellt fest, dass alle Mitglieder über die Einzelheiten dieser Vergütung informiert wurden; ***vertritt die Auffassung, dass ein Höchstmaß an Transparenz eine bewährte Praxis ist;***

Or. en

Änderungsantrag 163

Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. stellt fest, dass die allgemeine Kostenvergütung 2024 4950 EUR pro Monat betrug und ***sich auf etwa 40 Millionen EUR pro Jahr beläuft, die ohne Erfordernis eines Finanzmanagements ausgegeben werden***; ***bedauert***, dass ***das Präsidium diesen*** Beschluss in seiner Sitzung vom 17. Oktober 2022 ***angenommen hat, ohne einen Überwachungsrahmen festzulegen***;	76. stellt fest, dass die allgemeine Kostenvergütung 2024 4950 EUR pro Monat betrug und ***dass 2024 und 2022 keine Indexierung der Vergütung erfolgte***; ***weist darauf hin***, dass ***die GD FINS nach dem*** Beschluss ***des Präsidiums*** in seiner Sitzung vom 17. Oktober 2022***, die DBAS in Bezug auf die als Pauschalbetrag zu zahlende allgemeine Kostenvergütung zu ändern, die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um den Beschluss umzusetzen, lobt darüber hinaus den Beschluss des Präsidiums, eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Präsidiums zu den Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut zu gründen, um die Umsetzung der DBAS zu bewerten und einen dauerhaften Mechanismus für die Anwendung der allgemeinen Kostenvergütung zu prüfen***;

Or. en

Änderungsantrag 164
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. weist darauf hin, dass ***die Europäische Bürgerbeauftragte in ihrer Empfehlung vom 29. April 2019 im Fall 1651/2018/THH festgestellt hat, dass die Weigerung des Parlaments, der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten*** im Zusammenhang mit ***der Überarbeitung der Liste der Kosten zu gewähren, die aus*** der	77. weist darauf hin, dass ***das Parlament entsprechend den geltenden Vorschriften alle relevanten Dokumente*** im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung ***veröffentlicht, mit dem übergeordneten Ziel sicherzustellen, dass der Beschlussfassungsprozess*** des Parlaments ***objektiv, gründlich und***

allgemeinen Kostenvergütung ***bestritten werden können, einen Missstand darstellt, und empfahl, Zugang zu dem Vorschlag der Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Präsidiums*** des Parlaments ***zu gewähren; bedauert, dass das Parlament diese Empfehlung abgelehnt hat, und fordert nachdrücklich, diese Entscheidung zu überdenken***;

transparent für die Bürgerinnen und Bürger bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 165
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. fordert eine Reform der allgemeinen Kostenvergütung dahingehend, dass die Mitglieder alle Belege im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung aufbewahren und jährlich eine private Übersicht über die Ausgaben an die GD FINS übermitteln und das Parlament eine jährliche Stichprobenprüfung von 5 % der Ausgaben im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung der Mitglieder durchführt;	78. fordert eine Reform der allgemeinen Kostenvergütung dahingehend, dass die Mitglieder alle Belege im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung aufbewahren und jährlich eine private Übersicht über die Ausgaben an die GD FINS übermitteln und das Parlament eine jährliche Stichprobenprüfung von 5 % der Ausgaben im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung der Mitglieder durchführt; ***bekräftigt seine Forderung nach mehr Klarheit und Leitlinien für die Mitglieder darüber, wofür die allgemeine Kostenvergütung verwendet werden kann, sowie nach der Rückgabe des nicht ausgegebenen Anteils der allgemeinen Kostenvergütung am Ende des Mandats, fordert, dass eine Studie über die finanziellen Auswirkungen des Übergangs vom derzeitigen System zu dem reformierten System, wie es vom Parlament für mehr Transparenz gefordert wird, erstellt wird, wobei zusätzliche Kosten, aber auch Einsparmöglichkeiten, insbesondere durch die Rückgabe der allgemeinen Kostenvergütung am Ende des Mandats,***

ermittelt werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 166
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. fordert eine Reform der allgemeinen Kostenvergütung ***dahingehend***, dass die Mitglieder ***alle*** Belege ***im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung aufbewahren und jährlich eine private Übersicht über die Ausgaben an die*** GD FINS ***übermitteln und das Parlament eine jährliche Stichprobenprüfung von 5 % der Ausgaben im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung der Mitglieder durchführt***;	78. fordert eine Reform der allgemeinen Kostenvergütung***, um ein Mindestmaß an Rechenschaftsstandards zu gewährleisten; fordert***, dass die Mitglieder ***verpflichtet werden,*** Belege ***für die gesamte Aufbewahrungsfrist aufzubewahren; fordert die Einführung einer standardisierten jährlichen Erklärung der Ausgabenkategorien, die der*** GD FINS ***vorzulegen ist; fordert die Einführung einer sinnvollen, risikobasierten Stichprobenstrategie (einschließlich eines Mindestmaßes an jährlichen Stichproben), mit der Möglichkeit, Kontrollen auszuweiten, wenn Warnsignale auftreten; fordert die Veröffentlichung einer jährlichen standardisierten Übersicht je Mitglied, wobei der legitime Schutz der Privatsphäre und Sicherheitsüberlegungen zu berücksichtigen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 167
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. fordert ***eine Reform der allgemeinen*** Kostenvergütung ***dahingehend, dass die Mitglieder alle Belege im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung aufbewahren und jährlich eine private Übersicht über die Ausgaben an die GD FINS übermitteln und das Parlament eine jährliche Stichprobenprüfung von 5 % der Ausgaben im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung der*** Mitglieder ***durchführt***;	78. fordert***, dass die allgemeine*** Kostenvergütung ***weiter nach den bestehenden Vorschriften durchgeführt wird, und unterstreicht die Notwendigkeit, die Aspekte der Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in Bezug auf die Mittel, die den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, gebührend zu berücksichtigen sowie den Grundsatz der Freiheit und Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats und das Ziel, Rechtssicherheit zu schaffen und unnötigen Verwaltungsaufwand für die*** Mitglieder***, ihre Büros und die Dienststellen des Parlaments zu verhindern, nicht außer Acht zu lassen***;

Or. en

Änderungsantrag 168
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 79 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79a. fordert das Parlament auf, eine umfassende Strategie für den digitalen Wandel zu verabschieden, die Ziele und einen Zeitplan sowie technische Lösungen für die Dokumentenverwaltung, die Abstimmung und die Kommunikation umfasst, um für Transparenz zu sorgen, die Effizienz der Arbeitsabläufe zu verbessern, die Sicherheit zu gewährleisten und den Übergang zu einer papierlosen Verwaltung zu vollziehen; betont, dass sich die Strategie für den digitalen Wandel auf Maßnahmen konzentrieren sollte, die die Nachhaltigkeit verbessern,

Kosten einsparen und die Sicherheit erhöhen; fordert die Entwicklung benutzerfreundlicher digitaler Plattformen, um die elektronische Beteiligung zu verbessern, sodass die Unionsbürger Feedback zu Gesetzgebungsvorschlägen geben und in Echtzeit auf die Aktivitäten des Parlaments zugreifen können; fordert, dass sichergestellt wird, dass in der Strategie Schulungen zur digitalen Kompetenz vorgesehen werden; fordert das Parlament auf, die Einrichtung eines Digitalisierungsfonds in Betracht zu ziehen, mit dem im Rahmen der Strategie für den digitalen Wandel entwickelte Initiativen unterstützt werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 169
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 87 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	87a. stellt besorgt fest, dass das E-Portal trotz dieser Investitionen und der Zunahme elektronischer Formulare nicht zuverlässig, reibungslos und kohärent funktioniert, was nach wie vor zu Verzögerungen bei der Bearbeitung, technischen Störungen, Kodierungsfehlern und einem erhöhten Verwaltungsaufwand für die Mitglieder und ihre Teams führt; fordert die GD FINS daher auf, die anhaltenden Mängel des E-Portals unverzüglich zu beheben und dafür zu sorgen, dass die Mitglieder über ein einsatzbereites, effizientes und voll funktionsfähiges Instrument verfügen, das mit den Zielen einer ordnungsgemäßen Verwaltung und wirtschaftlichen Haushaltsführung im

Einklang steht;

Or. fr

Änderungsantrag 170
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. begrüßt die Einrichtung eines neuen Governance-Rahmens für KI mit einem Gremium für KI-Governance, das die Strategie und den Fahrplan des Parlaments im Bereich KI überwacht und für die Einhaltung der Rechtsvorschriften und die ethische Aufsicht sorgt, mit einer GD-übergreifenden Lenkungsgruppe für KI, deren Aufgabe es ist, Strategien im Bereich KI auszuarbeiten, Schlüsselkapazitäten zu entwickeln und für die langfristige Sicherheit und Nachhaltigkeit zu sorgen, sowie mit einem KI-Kompetenzzentrum innerhalb der GD ITEC, das Initiativen im Bereich KI im gesamten Parlament begleitet, fördert und überwacht; stellt fest, dass durch diesen Governance-Rahmen Transparenz und die Einhaltung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] sichergestellt werden, die am 1. August 2024 in Kraft trat, während ihre Bestimmungen ab 2025 gelten; stellt fest, dass die Bediensteten des Parlaments öffentlich zugängliche generative KI-Tools von Drittanbietern nutzen können, wenn sie die Leitlinien für die Bediensteten des Parlaments zur Nutzung öffentlich zugänglicher KI-Tools einhalten, die am 16. April 2024 vom Generalsekretär gebilligt wurden, wobei es eine strikte Auflage ist, dass diese Tools ausschließlich zur Unterstützung beruflicher Aufgaben eingesetzt werden;	88. begrüßt die Einrichtung eines neuen Governance-Rahmens für KI mit einem Gremium für KI-Governance, das die Strategie und den Fahrplan des Parlaments im Bereich KI überwacht und für die Einhaltung der Rechtsvorschriften und die ethische Aufsicht sorgt, mit einer GD-übergreifenden Lenkungsgruppe für KI, deren Aufgabe es ist, Strategien im Bereich KI auszuarbeiten, Schlüsselkapazitäten zu entwickeln und für die langfristige Sicherheit und Nachhaltigkeit zu sorgen, sowie mit einem KI-Kompetenzzentrum innerhalb der GD ITEC, das Initiativen im Bereich KI im gesamten Parlament begleitet, fördert und überwacht; stellt fest, dass durch diesen Governance-Rahmen Transparenz und die Einhaltung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] sichergestellt werden, die am 1. August 2024 in Kraft trat, während ihre Bestimmungen ab 2025 gelten; stellt fest, dass die Bediensteten des Parlaments öffentlich zugängliche generative KI-Tools von Drittanbietern nutzen können, wenn sie die Leitlinien für die Bediensteten des Parlaments zur Nutzung öffentlich zugänglicher KI-Tools einhalten, die am 16. April 2024 vom Generalsekretär gebilligt wurden, wobei es eine strikte Auflage ist, dass diese Tools ausschließlich zur Unterstützung beruflicher Aufgaben eingesetzt werden; ***fordert die Verwaltung auf, ihre Anstrengungen zu verstärken,***

um die Bediensteten in der effizienten und sicheren Nutzung neuer Technologien wie KI zu schulen, damit dies nicht zu einer Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte führt;

[3] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).

Or. en

Änderungsantrag 171
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. stellt fest, dass 2024 im Rahmen der Internen Regelung über die Umsetzung von Artikel 22c des Statuts sechs Berichte über Fälle im Zusammenhang mit der Meldung von Missständen eingegangen sind, fünf über offizielle Kanäle und einer von einem anderen Organ der Union; stellt fest, dass ein Fall an die EUStA weitergeleitet wurde, zwei Fälle zur Einleitung von Verwaltungsuntersuchungen führten und ein Fall an den Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex für die Mitglieder überwiesen wurde und dass auch der	89. stellt fest, dass 2024 im Rahmen der Internen Regelung über die Umsetzung von Artikel 22c des Statuts sechs Berichte über Fälle im Zusammenhang mit der Meldung von Missständen eingegangen sind, fünf über offizielle Kanäle und einer von einem anderen Organ der Union; stellt fest, dass ein Fall an die EUStA weitergeleitet wurde, zwei Fälle zur Einleitung von Verwaltungsuntersuchungen führten und ein Fall an den Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex für die Mitglieder überwiesen wurde und dass auch der

externe Bericht zur Folge hatte, dass eine Untersuchung eingeleitet wurde;	externe Bericht zur Folge hatte, dass eine Untersuchung eingeleitet wurde; ***bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der Gerichtshof im Jahr 2024 in der Rechtssache T-793/22 entschieden hat, dass das Europäische Parlament nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um sicherzustellen, dass ein Hinweisgeber einen ausgewogenen und wirksamen Schutz vor jeglicher Form von Repressalien bekam; stellt fest, dass der Gerichtshof auch festgestellt hat, dass das Parlament die Vertraulichkeit des Hinweisgebers nicht angemessen geschützt hat; fordert das Parlament nachdrücklich auf, seine internen Vorschriften vollständig mit der Richtlinie (EU) 2019/1937 in Einklang zu bringen;***

Or. en

Änderungsantrag 172
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 90

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
90. begrüßt, dass Schulungen im Bereich Ethik nach wie vor Priorität hatten***, bedauert jedoch,*** dass an 13 Schulungen zum Thema „Lassen Sie uns über Ethik sprechen“ ***nur*** 178 Bedienstete teilnahmen, ***nur*** 109 Personen an maßgeschneiderten Kursen teilnahmen und die Abschlussquote bei der verpflichtenden Einführung für APA ***nur*** bei 72 % lag; begrüßt, dass 320 Führungskräfte an dem neuen Kurs für Führungskräfte zu ethischem Führungsverhalten und Prävention von Mobbing teilnahmen, der 33 Schulungseinheiten umfasst;	90. begrüßt, dass Schulungen im Bereich Ethik nach wie vor Priorität hatten ***und*** dass an 13 Schulungen zum Thema „Lassen Sie uns über Ethik sprechen“ 178 Bedienstete teilnahmen, 109 Personen an maßgeschneiderten Kursen teilnahmen und die Abschlussquote bei der verpflichtenden Einführung für APA bei 72 % lag; begrüßt, dass 320 Führungskräfte an dem neuen Kurs für Führungskräfte zu ethischem Führungsverhalten und Prävention von Mobbing teilnahmen, der 33 Schulungseinheiten umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 173
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. ***fordert nachdrücklich, dass*** die Maßnahmen ***zu*** Transparenz***,*** Rechenschaftspflicht ***und ethischer Führung verstärkt werden***; vertritt die Auffassung, dass das Parlament ***seine Integritätskultur festigen muss, indem es in seine tägliche*** Arbeit ***ethische Standards integriert*** und seine Legitimität bei der Kontrolle stärkt;	91. ***verweist auf*** die ***bestehenden*** Maßnahmen ***in Bezug auf*** Transparenz ***und*** Rechenschaftspflicht; vertritt die Auffassung, dass das Parlament ***in den Augen der Öffentlichkeit weiterhin für Vertrauen und Integrität stehen muss, auch bei seiner täglichen*** Arbeit, und ***dass es*** seine Legitimität bei der Kontrolle stärkt***, wobei die Unabhängigkeit der Mitglieder bei der Erfüllung ihres Mandats sichergestellt werden muss***;

Or. en

Änderungsantrag 174
Gilles Boyer, Olivier Chastel, Michal Wiezik, Vlad Vasile-Voiculescu

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und die Resilienz des Parlaments gegen eine potenzielle Einflussnahme aus dem Ausland zu stärken; verurteilt jedweden unrechtmäßigen Versuch, Einfluss auf die Legislativtätigkeiten des Parlaments zu nehmen; unterstreicht in diesem Zusammenhang die wesentliche Verantwortung des OLAF, alle erforderlichen eingehenden Untersuchungen durchzuführen; betont die Schlüsselrolle der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union; verweist auf die Vereinbarung über die Einrichtung eines

interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen für Mitglieder der in Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union genannten Organe und beratenden Einrichtungen und beharrt auf einer schnellen und wirksamen Umsetzung in allen EU-Organen;

Or. en

Änderungsantrag 175
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. nimmt die positive Bewertung der technischen Umsetzung des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz zur Kenntnis, über die dem Präsidium berichtet wurde; fordert zusätzliche Anstrengungen, um die Transparenz in Bezug auf alle Bereiche und Dienstleistungen des Parlaments zu verbessern, mit besonderem Augenmerk auf der Rechtsetzung; fordert die Verwaltung des Parlaments in diesem Zusammenhang auf, die Einführung von Transparenzanforderungen nicht auf die Führungsebene zu beschränken;

Or. en

Änderungsantrag 176
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. hebt hervor, dass die laufenden Ermittlungen und das Fehlen echter Ergebnisse in Bezug auf den Kriminalfall, der Ende 2022 aufgedeckt wurde, zeigen, dass die Vorschriften des Europäischen Parlaments zum Schutz der finanziellen Interessen der EU, zur Gewährleistung der Transparenz und zur Vermeidung von Fehlverhalten nicht funktioniert haben, da enthüllt wurde, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments seit mehreren Jahren aktiv an einem mafiaartigen Netzwerk beteiligt sind, das Korruption und Geldwäsche betreibt;

Or. en

Änderungsantrag 177
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. weist darauf hin, dass das Europäische Parlament seit dem 17. Mai 2024 Vertragspartei der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen ist; weist darauf hin, dass in Artikel 6 dieser Vereinbarung die Entwicklung gemeinsamer ethischer Standards vorgesehen ist; bedauert, dass die Arbeit daran noch nicht begonnen hat; fordert das Europäische Parlament auf, seinen Verpflichtungen aus diesem Abkommen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 178
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 91 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91b. stellt fest, dass immer wieder Bedenken hinsichtlich der Bearbeitung von Beschwerden im Zusammenhang mit potenziellen Interessenkonflikten geäußert werden, an denen Mitglieder beteiligt sind, insbesondere wenn solche Beschwerden über längere Zeiträume anhängig bleiben, ohne dass eine Entscheidung getroffen wird; bedauert, dass den Beschwerdeführern in solchen Fällen keine zeitnahe Rückmeldung zuteil wird; betont, dass ein wirksamer Ethikrahmen erfordert, dass alle Beschwerden sorgfältig, innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens und mit angemessener Kommunikation mit den Beschwerdeführern geprüft werden; weist darauf hin, dass den Mitgliedern laut Vorschriften verboten ist, bezahlte Lobbytätigkeiten auszuüben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union stehen, und betont, dass es mit diesen Vorschriften unvereinbar ist, bezahlte Positionen in Organisationen, die in den Anwendungsbereich des Transparenz-Registers fallen, zu bekleiden und gleichzeitig parlamentarische Funktionen in demselben Politikbereich auszuüben oder damit verbundene Kontakte zur Kommission oder zum Rat zu unterhalten; fordert, dass solche Situationen ordnungsgemäß geprüft werden und dass bei festgestellten Verstößen verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen verhängt werden;

Or. en

Änderungsantrag 179
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 91 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91b. erinnert daran, dass das Parlament weiterhin an die Vereinbarung über die Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen für Mitglieder der in Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union genannten Organe und beratenden Einrichtungen gebunden ist; weist darauf hin, dass das Parlament daher verpflichtet ist, den Bestimmungen der Vereinbarung unverzüglich nachzukommen; bedauert die Ablehnung von Änderungsanträgen, mit denen die Geschäftsordnung des Parlaments an diese Vereinbarung angepasst werden soll;

Or. en

Änderungsantrag 180
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. stellt fest, dass die Arbeiten an der internen Plattform des Parlaments für generative KI voranschreiten; bekräftigt, dass diese Plattform zentraler Bestandteil der konformen und sicheren Umsetzung von KI-Projekten ist;	94. stellt fest, dass die Arbeiten an der internen Plattform des Parlaments für generative KI voranschreiten; bekräftigt, dass diese Plattform zentraler Bestandteil der konformen und sicheren Umsetzung von KI-Projekten ist***, insbesondere zur Unterstützung der Mitglieder bei ihren Tätigkeiten***;

Or. en

Änderungsantrag 181
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 95 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	95a. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, die Transparenz und Zugänglichkeit der parlamentarischen Arbeit weiter zu stärken, indem sie für die systematische Verfügbarkeit digitaler, durchsuchbarer und wiederverwendbarer Transkriptionen aller Ausschussdebatten, einschließlich des Austauschs mit Kommissionsmitgliedern, Sachverständigen und Interessenträgern, sorgt; betont, dass solche Transkriptionen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden sollten; betont, dass ein verbesserter Zugang zu Ausschussdebatten die demokratische Kontrolle, das institutionelle Gedächtnis und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die legislative Arbeit des Parlaments verbessern würde;

Or. en

Änderungsantrag 182
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 95 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	95b. nimmt die erheblichen Verbesserungen zur Kenntnis, die an der Website des Plenums vorgenommen wurden, darunter die verbesserte Zugänglichkeit von Instrumenten zur Überprüfung namentlicher Abstimmungen, die zu mehr Transparenz

und Genauigkeit der Abstimmungsprotokolle des Parlaments beigetragen haben; fordert dennoch weitere Verbesserungen in Bezug auf die Nutzbarkeit und Darstellung von Informationen im Zusammenhang mit Abstimmungen;

Or. en

Änderungsantrag 183
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. nimmt ***mit Besorgnis die übermäßig hohen Kosten*** des Freiwilligen Altersversorgungssystems zur Kenntnis, die aufgrund eines anhaltenden Defizits von 105 Millionen EUR Ende 2024 und begrenzter Vermögenswerte in Höhe von 23,17 Millionen EUR, die voraussichtlich spätestens Ende 2026 aufgebraucht sein werden, ***den Haushalt der Union erheblich und auf nicht tragbare Weise belasten***; stellt fest, dass die ***überhandnehmenden*** Verpflichtungen auf Zahlungsverpflichtungen gegenüber mehr als 900 Mitgliedern bis mindestens 2074 zurückzuführen sind;	96. nimmt ***die Unterfinanzierung*** des Freiwilligen Altersversorgungssystems zur Kenntnis, die aufgrund eines Defizits von 105 Millionen EUR Ende 2024 und begrenzter Vermögenswerte in Höhe von 23,17 Millionen EUR, die voraussichtlich spätestens Ende 2026 aufgebraucht sein werden, ***entstanden ist***; stellt fest, dass die Verpflichtungen auf ***legalen*** Zahlungsverpflichtungen gegenüber mehr als 900 Mitgliedern bis mindestens 2074 zurückzuführen sind;

Or. en

Änderungsantrag 184
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. nimmt mit Besorgnis die übermäßig	96. nimmt mit Besorgnis die übermäßig

hohen Kosten des Freiwilligen Altersversorgungssystems zur Kenntnis, die aufgrund eines anhaltenden Defizits von 105 Millionen EUR Ende 2024 und begrenzter Vermögenswerte in Höhe von 23,17 Millionen EUR, die voraussichtlich spätestens Ende 2026 aufgebraucht sein werden, den Haushalt der Union erheblich ***und auf nicht tragbare Weise*** belasten; stellt fest, dass die überhandnehmenden Verpflichtungen auf Zahlungsverpflichtungen gegenüber mehr als 900 Mitgliedern bis mindestens 2074 zurückzuführen sind;	hohen Kosten des Freiwilligen Altersversorgungssystems zur Kenntnis, die aufgrund eines anhaltenden Defizits von 105 Millionen EUR Ende 2024 und begrenzter Vermögenswerte in Höhe von 23,17 Millionen EUR, die voraussichtlich spätestens Ende 2026 aufgebraucht sein werden, den Haushalt der Union erheblich belasten; stellt fest, dass die überhandnehmenden Verpflichtungen auf Zahlungsverpflichtungen gegenüber mehr als 900 Mitgliedern bis mindestens 2074 zurückzuführen sind;

Or. en

Änderungsantrag 185
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 99

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems angefochten wurde und dass sie beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Beschwerde eingereicht haben; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des EuGH und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die Zukunft des freiwilligen Altersversorgungssystems und die diesbezügliche Rolle des Parlaments	99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems angefochten wurde und dass sie beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Beschwerde eingereicht haben; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des EuGH und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die Zukunft des freiwilligen Altersversorgungssystems und die diesbezügliche Rolle des Parlaments auszuloten; ***fordert insbesondere, eine***

auszuloten;

Überarbeitung des Beschlusses des Präsidiums vom 1. April 2009 über die finanzielle Haftung des Parlaments für die Fonds in Erwägung zu ziehen, um zu vermeiden, dass für künftige Rettungsmaßnahmen keine Steuergelder verwendet werden;

---

[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

Or. en

Änderungsantrag 186
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 99

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems angefochten wurde und dass sie beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Beschwerde eingereicht haben; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des EuGH und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die Zukunft des freiwilligen Altersversorgungssystems und die	99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems angefochten wurde und dass sie beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Beschwerde eingereicht haben; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des EuGH und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ***weist erneut darauf hin, dass der EuGH entschieden hat, dass „Ein Recht [...] als wohlerworben [gilt], wenn der Tatbestand, der dieses Recht begründet, vor der Gesetzesänderung erfüllt ist“[4a];***

diesbezügliche Rolle des Parlaments auszuloten;

ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die Zukunft des freiwilligen Altersversorgungssystems und die diesbezügliche Rolle des Parlaments auszuloten;

[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

[4a] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:62023TJ0620

Or. en

Änderungsantrag 187
Adrián Vázquez Lázara, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 99

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems angefochten wurde ***und dass sie beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Beschwerde eingereicht haben***; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des ***EuGH*** und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich ***erst nach der rechtlichen Prüfung durch den***	99. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von 405 Begünstigten des freiwilligen Altersversorgungssystems ***vor dem Gericht der Europäischen Union*** angefochten wurde; verweist auf die Bemerkungen des Generalsekretärs in der mündlichen Verhandlung vom 8. Dezember im Vorfeld der Entscheidung des ***Gerichts der Europäischen Union*** und der möglichen weiteren Schritte; nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht am 17. Dezember 2025 entschieden hat, die Klagen der ehemaligen Mitglieder abzuweisen; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich mit der Angelegenheit zu befassen ***und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen,***

EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen***, um die Zukunft des freiwilligen Altersversorgungssystems und die diesbezügliche Rolle des Parlaments auszuloten***;

[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

um das Urteil des Gerichts der Europäischen Union zu befolgen;

[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

Or. en

Änderungsantrag 188
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 99 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	99a. betont, dass diese Situation nicht ungelöst bleiben kann und ein klares und endgültiges Ergebnis erfordert; betont, dass eine zeitnahe Lösung notwendig ist, sobald die rechtliche Prüfung durch den EuGH erfolgt ist, um für Rechtssicherheit für alle Begünstigten und das Parlament zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 189
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 100 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

100a. fordert das Parlament auf, die Transparenz und die öffentliche Kontrolle der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verbessern, indem strukturierte, maschinenlesbare Daten über vergebene Aufträge (einschließlich Auftragsänderungen und wesentlicher Leistungsindikatoren) veröffentlicht werden, und systematisch ehrgeizige Kriterien für die umweltgerechte und soziale Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden, einschließlich der Erwartungen an die Sorgfaltspflicht in Lieferketten und der Durchsetzung durch die Vertragsverwaltung;

Or. en

Änderungsantrag 190
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 101 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	101a. ist besorgt über die Anwendung des außerordentlichen Verhandlungsverfahrens, dessen tatsächlicher „außergewöhnlicher“ Charakter nicht hinreichend nachgewiesen zu sein scheint, insbesondere im Fall eines Vertrags über einen Betrag von 17 427,85 EUR, der Luis Limousine während der UN-Woche (21.-24. September 2024) für Transferdienstleistungen in New York für die Präsidentin und ihre Delegation zugewiesen wurde, sowie eines Vertrags über einen Betrag von 22 000 EUR, der mit dem Malta Police Department für die Zahlung von Überstunden im Zusammenhang mit dem Führen eines VIP-Fahrzeugs während des Besuchs der Präsidentin in Malta im Jahr 2024 geschlossen wurde, und stellt die Anwendung eines solchen Verfahrens für

Leistungen im Zusammenhang mit vollkommen vorhersehbaren Reisen in Frage, die seit langem auf der jährlichen institutionellen Agenda stehen;

Or. fr

Änderungsantrag 191
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 101 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	101b. weist darauf hin, dass vom Rechnungshof in seinem Jahresbericht festgestellt wird, dass von ihm Mängel in Bezug auf zwei vom Parlament eingeleitete Vergabeverfahren ermittelt wurden, wobei zusätzlich hervorgehoben wird, dass es sich bei einem dieser Fälle um einen IT-Vertrag mit einer auf sechs Jahre festgelegten Laufzeit handelte, die nicht hinreichend begründet gewesen sei, obwohl solche Verträge gemäß der Haushaltsordnung (außer in hinreichend begründeten Fällen) in der Regel auf vier Jahre begrenzt sind; fordert das Parlament auf, so bald wie möglich entsprechende Korrekturmaßnahmen zu ergreifen und seine Verfahren in diesem Sinne zu überarbeiten;

Or. fr

Änderungsantrag 192
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 102

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
102. stellt fest, dass 2024 aus zwei	102. stellt fest, dass 2024 aus zwei

Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400 verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies; ***stellt fest, dass der erste Vizepräsident in der Verhandlung vom 8. Dezember auch darauf hinwies, dass hinsichtlich des Rechnungsabschlusses für das zweite Halbjahr 2024 um zusätzliche Informationen ersucht wurde, die noch nicht beim Präsidium eingegangen waren, sodass es noch keine Entscheidung über die Übermittlung der Information an die Entlastungsbehörde treffen konnte; bedauert sehr, dass das Präsidium mangels der erforderlichen Nachweise die konsolidierten Informationen zu Haushaltsposten 400 nicht genehmigen kann; fordert das Präsidium nachdrücklich auf, die Entlastungsbehörde über die entsprechenden Finanzdaten zum Haushaltsposten 400 zu unterrichten, sobald sie verfügbar sind;***	Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400 verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies;

Or. fr

Änderungsantrag 193
Gerben-Jan Gerbrandy

Entschließungsantrag
Ziffer 102

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
102. stellt fest, dass 2024 aus zwei Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400	102. stellt fest, dass 2024 aus zwei Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400

verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies; stellt fest, dass der erste Vizepräsident in der Verhandlung vom 8. Dezember auch darauf hinwies, dass hinsichtlich des Rechnungsabschlusses für das zweite Halbjahr 2024 um zusätzliche Informationen ersucht wurde, die noch nicht beim Präsidium eingegangen waren, sodass es noch keine Entscheidung über die Übermittlung der Information an die Entlastungsbehörde treffen konnte;
bedauert sehr, dass das Präsidium mangels der erforderlichen Nachweise die konsolidierten Informationen zu Haushaltsposten 400 nicht genehmigen kann; fordert ***das Präsidium nachdrücklich*** auf, die Entlastungsbehörde über die ***entsprechenden Finanzdaten zum Haushaltsposten 400*** zu unterrichten***, sobald sie verfügbar sind***;

verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies; stellt fest, dass der erste Vizepräsident in der Verhandlung vom 8. Dezember auch darauf hinwies, dass hinsichtlich des Rechnungsabschlusses für das zweite Halbjahr 2024 um zusätzliche Informationen ersucht wurde, die noch nicht beim Präsidium eingegangen waren, sodass es noch keine Entscheidung über die Übermittlung der Information an die Entlastungsbehörde treffen konnte;
verweist auf das Schreiben des Generalsekretärs des Parlaments vom 20. Januar 2026 an den Vorsitzenden des CONT-Ausschusses, mit dem die Prüfberichte für die zweite Hälfte des Jahres 2024 für sieben der acht Fraktionen übermittelt wurden; nimmt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für jeden Bericht zur Kenntnis; stellt fest, dass der Bericht der Fraktion Patrioten für Europa für das zweite Halbjahr 2024 aufgrund des laufenden Austauschs zwischen dieser Fraktion und den zuständigen Dienststellen des Parlaments noch immer fehlt; fordert ***die Fraktion Patrioten für Europa und die zuständigen Dienststellen des Parlaments*** auf, die ***offenen Fragen rasch zu klären und die*** Entlastungsbehörde über die ***Ergebnisse*** zu unterrichten;

Or. en

Änderungsantrag 194
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 102

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
102. stellt fest, dass 2024 aus zwei Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400 verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies; stellt fest, dass ***der erste Vizepräsident*** in der Verhandlung vom 8. Dezember auch darauf ***hinwies***, dass hinsichtlich des Rechnungsabschlusses für das zweite Halbjahr 2024 um zusätzliche Informationen ersucht wurde, die noch nicht beim Präsidium eingegangen waren, ***sodass es noch keine Entscheidung über die Übermittlung der Information*** an die Entlastungsbehörde ***treffen konnte***; ***bedauert sehr***, dass das Präsidium mangels der erforderlichen Nachweise die konsolidierten Informationen zu Haushaltsposten 400 nicht genehmigen kann; fordert ***das Präsidium*** nachdrücklich auf, die Entlastungsbehörde über die entsprechenden Finanzdaten zum Haushaltsposten 400 zu unterrichten, sobald sie verfügbar sind;	102. stellt fest, dass 2024 aus zwei Gründen ein schwieriges Jahr für die Darstellung der unter Haushaltsposten 400 verbuchten Ausgaben war, weil in diesem Jahr erstens das Europäische Parlament neu gewählt wurde und somit die Ausgaben zwischen der ersten Jahreshälfte 2024 (der neunten Wahlperiode) und der zweiten Jahreshälfte 2024 (der zehnten Wahlperiode) aufgeteilt waren und darüber hinaus der endgültige Rechnungsabschluss einer der Fraktionen (ID-Fraktion), der für das erste Halbjahr 2024 geprüft wurde, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten aufwies; stellt fest, dass ***die Vizepräsidenten*** in der Verhandlung vom 8. Dezember auch darauf ***hinwiesen***, dass hinsichtlich des Rechnungsabschlusses für das zweite Halbjahr 2024 um zusätzliche Informationen ersucht wurde, die noch nicht beim Präsidium eingegangen waren, ***bevor man sich wieder*** an die Entlastungsbehörde ***wenden wolle***; ***nimmt zur Kenntnis***, dass das Präsidium mangels der erforderlichen Nachweise die konsolidierten Informationen zu Haushaltsposten 400 nicht genehmigen kann; fordert ***die Verwaltung*** nachdrücklich auf, die Entlastungsbehörde über die entsprechenden Finanzdaten zum Haushaltsposten 400 zu unterrichten, sobald sie verfügbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 195
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. nimmt Berichte zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; bedauert, dass nach wie vor noch keine Unterlagen vorgelegt wurden, um diese Ausgaben zu erklären;	103. ***bedauert zutiefst, dass der Entlastungsbehörde noch kein Finanzbericht über die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) für den zweiten Finanzierungszeitraum 2024 vorgelegt wurde;*** nimmt Berichte zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; bedauert, dass nach wie vor noch keine Unterlagen vorgelegt wurden, um diese Ausgaben zu erklären; ***erwartet, unverzüglich über alle weiteren Entwicklungen und das Ergebnis der administrativen Folgemaßnahmen in dieser Angelegenheit unterrichtet zu werden; fordert das Präsidium auf, vorsorglich dafür zu sorgen, dass keine weiteren Mittel an die PfE-Fraktion ausgezahlt werden, bis der ausstehende Finanzbericht vorgelegt wurde und die mutmaßlichen Unregelmäßigkeiten vollständig geklärt sind;***

Or. en

Änderungsantrag 196
Gerben-Jan Gerbrandy

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. nimmt ***Berichte*** zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von	103. nimmt ***Medienberichte*** zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von

mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; bedauert, dass ***nach wie vor noch keine Unterlagen vorgelegt wurden, um diese Ausgaben zu erklären***;	mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; bedauert, dass ***die Entlastungsbehörde noch nicht über die Ergebnisse des Verfahrens unterrichtet wurde***;

Or. en

Änderungsantrag 197
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. nimmt Berichte zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; ***bedauert***, dass nach wie vor noch keine Unterlagen vorgelegt wurden, um diese Ausgaben zu erklären;	103. nimmt Berichte zur Kenntnis, in denen die Fraktion Patrioten für Europa (PfE) beschuldigt wird, im zweiten Halbjahr 2024 Mittel in Höhe von mindestens 171 644 EUR missbräuchlich verwendet zu haben; nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Parlaments die PfE-Fraktion um Klarstellung ersucht hat; ***nimmt zur Kenntnis***, dass nach wie vor noch keine Unterlagen vorgelegt wurden, um diese Ausgaben zu erklären;

Or. en

Änderungsantrag 198
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 103 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	103a. nimmt Berichte des deutschen Nachrichtenmagazins Stern zur Kenntnis, wonach ein Mitglied der ESN-Fraktion

einen Fraktionskongress ausgerichtet hat, an dem Bedienstete und Familienangehörige beteiligt waren, wobei potenzielle Kosten zulasten des Haushalts des Parlaments unter Haushaltsartikel 400 verbucht wurden, und dass während dieser Veranstaltung mutmaßlich Spenden für ein rechtsgerichtetes Frauennetzwerk gesammelt wurden, das mit engen Familienangehörigen und Bediensteten der Mitglieder der ESN-Fraktion verbunden ist; weist darauf hin, dass die Ausgaben unter Haushaltsartikel 400 strikt auf die parlamentarischen Tätigkeiten der Fraktionen beschränkt sein und in vollem Einklang mit den geltenden Vorschriften stehen müssen; fordert die GD FINS nachdrücklich auf, den Fall zu untersuchen und die Entlastungsbehörde unverzüglich zu unterrichten, wenn ein Verstoß festgestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 199
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 103 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	103b. stellt fest, dass das Referat Finanzierung der Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder, das für die Überwachung der Verwendung von Haushaltsartikel 400 zuständig ist, nur über fünf Finanzbeauftragte verfügt, von denen drei aufgrund der Einschränkungen der Regelung für Haushaltsartikel 400 ausschließlich die Ausgaben der fraktionslosen Mitglieder überwachen, und dass die Überwachung

der Fraktionen daher unzureichend ist; fordert das Präsidium daher auf, die diesem Referat zugewiesenen personellen Ressourcen aufzustocken, um eine wirksame Finanzkontrolle der Verwendung von Haushaltsartikel 400 durch die Fraktionen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 200
Niclas Herbst

Entschließungsantrag
Ziffer 104

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
104. ***regt an, dass das Parlament andere Möglichkeiten prüft als*** die den Fraktionen übertragene alleinige finanzielle Verantwortung***; fordert verstärkte Überwachungsmechanismen innerhalb der GD FINS, um*** eine wirtschaftliche Haushaltsführung, wirksame Kontrollen und eine uneingeschränkte Rechenschaftspflicht hinsichtlich öffentlicher Mittel sicherzustellen;	104. ***verweist erneut auf*** die den Fraktionen übertragene alleinige finanzielle Verantwortung ***und ihre Verpflichtung***, eine wirtschaftliche Haushaltsführung, wirksame Kontrollen und eine uneingeschränkte Rechenschaftspflicht hinsichtlich öffentlicher Mittel sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 201
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 104 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	104a. stellt die unter Haushaltsartikel 400 verbuchte Verwendung von Mitteln in Höhe von 62 171,30 EUR für ein in München ansässiges Limousinenunternehmen durch einen Fraktionsvorsitzenden des

Parlaments in Frage; weist darauf hin, dass diese Mittel für die Kommunikation vorgesehen sind und dass die Leistungen dieses Unternehmens offenbar nicht den in der Regelung für Haushaltsartikel 400 festgelegten Spezifikationen entsprechen;

Or. fr

Änderungsantrag 202
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 104 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	104b. weist darauf hin, dass im Abschlussbericht „Wahlen zum Europäischen Parlament vom 6. bis 9. Juni 2024 – Sonderevaluierung des BDIMR der OSZE“ darauf hingewiesen wird, dass nicht alle Mitgliedstaaten einen spezifischen Bericht über die Finanzierung von Wahlkampagnen verlangen (Deutschland, Malta und die Niederlande) und dass einige Mitgliedstaaten nur teilweise Informationen anfordern oder nur einen Teil der Geber auf der Grundlage heterogener Schwellenwerte veröffentlichen, wodurch die Transparenz verringert wird; fordert nachdrücklich, dass die Anmerkungen der OSZE, in denen diesbezüglich mehr Transparenz gefordert wird, berücksichtigt werden, damit die Wählerinnen und Wähler bei der Abstimmung eine fundierte Wahl treffen können;

Or. fr

Änderungsantrag 203
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 110 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	110a. ist besorgt darüber, dass einige europäische politische Parteien[1] (im Wesentlichen über Spenden, die die ALDE von Microsoft, Vodafone usw. erhalten hat) und europäische politische Stiftungen[2] (über Spenden, die das Wilfried Martens Centre for European Studies von Janssen Pharmaceutica, Apple, Google usw., die Open Society von George Soros für die Foundation for European Progressive Studies und die Green European Foundation von Google, Janssen, Apple, Microsoft, Vodafone, für das European Liberal Forum usw. erhalten haben) teilweise von großen IT-, Pharma- und anderen Konzernen – deren Muttergesellschaften meist amerikanische Gesellschaften sind – finanziert werden, was mit Lobbytätigkeit gleichgesetzt werden kann und daher einen gewissen Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren oder einen gewissen Beitrag zu Wahlkampagnen vermuten lässt; weist daher warnend auf mögliche Interessenkonflikte hin, die sich aus diesen zwar rechtmäßigen, wenngleich auch ethisch fragwürdigen Konstellationen ergeben könnten, insbesondere wenn Mitglieder des Parlaments (MdEP) dieser Fraktionen Berichterstatter für Dossiers in diesen Bereichen sind; bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass dies den Verdacht auf Einflussnahme aus dem Ausland erregen könnte;
	[1] https://www.appf.europa.eu/cmsdata/301297/2024%20PARTIES%20Contributions%20and%20Donations.pdf.
	[2] https://www.appf.europa.eu/cmsdata/300386/2024%20FOUNDATIONS%20Contributions%20and%20Donations.pdf.

Or. fr

Änderungsantrag 204
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 110 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	110b. weist schließlich darauf hin, dass die Rechnungsabschlüsse 2024 der europäischen politischen Parteien zum Zeitpunkt der Analyse der Entlastung 2024 noch immer nicht vom Parlament abgeschlossen sind und das Präsidium im Frühjahr 2026 darüber entscheiden muss;

Or. fr

Änderungsantrag 205
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 112

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
112. betont, dass angesichts des erweiterten Anwendungsbereichs des Verfahrens zur Überprüfung der Werte, das nun auch für Mitgliedsparteien und Mitgliedsorganisationen gilt, und anderer Neuerungen in der Verordnung (EU, Euratom) 2025/2445, einschließlich der begrüßenswerten Ergänzungen hinsichtlich des Schutzes der Demokratie in Europa vor Einflussnahme aus dem Ausland, die personellen Ressourcen der Behörde entsprechend aufgestockt werden müssen;	***entfällt***

Or. fr